Nr. 12 — Jahrgang 18 Einzelnummer 0,20 Zl. Sonnabend, den 16. Januar 1932

Volkswille

zugleich **Volksstimme** für Bielitz

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien je mm 0,12 Zloty für die achtgespaltene Zeile, außerhalb 0,15 Zlp. Anzeigen unter Text 0,60 Zlp. von außerhalb 0,80 Zlp. Bei Wiederholungen tarifliche Ermäßigung.

Geschäftsstelle der „Volksstimme" Bielsko, Republikanska Nr. 41. — Telefon Nr. 1294

Organ der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei in Polen

Abonnement: Vierzehntägig vom 16. bis 31. 1. cr. 1.65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolporteure

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kościuszki 29). Postscheckkonto P. K. O., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Kattowitz: Nr. 2097; für die Redaktion: Nr. 2004

Für ein einiges Europa

Deutsche Erklärungen für Genf — Einheitlicher europäischer Absatzmarkt Voraussetzung — Erst Wirtschaft, dann Politik

Berlin. Das Reichskabinett wird sich in seiner Freitagsitzung auch mit den Sitzungen des Völkerbundsrates beschäftigen, die Ende Januar in Genf beginnen. Zur Vorbereitung der Verhandlungen, die im Völkerbundsrat vor allem über wirtschaftliche Probleme stattfinden sollen, hat nach einer Meldung Berliner Blätter die Reichsregierung dem Völkerbundssekretariat ihre Stellungnahme zu einzelnen Wirtschafts- und handelspolitischen Problemen mitgeteilt. So wird in einer deutschen Erklärung zu dem Wirtschaftsbericht des Studienkomitees für die europäische Zusammenarbeit der Grundsatz gebilligt, daß die europäischen Staaten mit dem Ziel, einen einheitlichen europäischen Markt herzustellen, zusammenarbeiten sollen.

Deutschland ist damit einverstanden, daß durch einzelne Vereinbarungen dieses Ziel schrittweise erreicht werden soll und es schließt sich der Feststellung an, daß die jetzigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten zum Teil auf die Zerstückelung Europas in zahlreiche Zollgebiete zurückzuführen sind. Die deutsche Erklärung nimmt diese, von dem Europakomitee getroffenen Feststellungen zum Anlaß, um darzulegen, daß in der letzten Zeit mehrere europäische Staaten ihre Einfuhr eingeschränkt und eine Devisenbewirtschaftung eingeführt haben, so daß der Handel erst recht gehindert, statt gefördert wird. Den Plan, einen einheitlichen europäischen Markt zu schaffen, könnten solche Maßnahmen der einzelnen Staaten jedenfalls nicht dienen, sondern sie müßten schließlich zu einer Zerstörung der Handelsbeziehungen führen. Wenn also an dem Grundsatz der wirtschaftlichen Zusammenarbeit Europas festgehalten werden soll, müßten sehr bald die handelspolitischen Maßnahmen getroffen werden, die die Sachverständigen der BIZ schon im August 1930 verlangt haben. Eine andere deutsche Erklärung beschäftigt sich mit den Beschlüssen des Völkerbundes zur Handelspolitik und vor allem zu den Meistbegünstigungsverträgen zu den Vorzugszöllen. Auch hier wird festgestellt, daß zwar der Grundsatz Vorzugszölle zu gewähren, die Deutschland in eine Uebereinstimmung mit dem Völkerbund z. B. gegenüber Rumänien und Ungarn durchgeführt hat, nicht dem Meistbegünstigungssystem widerspricht, wohl aber die Schritte zur Einfuhrbeschränkung, die im Laufe des Winters von mehreren europäischen Staaten vorgenommen worden sind.

Frick gegen Brüning

Nationalsozialisten gegen „Zentrumsdiktatur".

Lindau (am Bodensee.) In einer nationalsoz. Massenversammlung sprach gestern abend der frühere thüringische Innenminister Dr. Frick. Er verglich die Erklärung Brünings zur Tributfrage und deren vorauszusehendes Ergebnis in Lausanne mit dem Schicksal der deutsch-österreichischen Zollunion unter Curtius und folgerte, daß Brüning aus Lausanne nur eine Niederlage nach Hause bringen werde.

Wenn die Regierung dann noch nicht zurücktrete, sei die Reichspräsidentenwahl der äußerste Zeitpunkt für den Sturz Brünings, denn die Nationalsozialisten seien nicht geneigt, die Zentrumsdiktatur Brünings auch nur einen Tag länger zu ertragen, als es unbedingt notwendig sei. Als stärkste Partei Deutschlands hätten sie den Anspruch darauf, daß der Reichspräsident aus ihren Reihen gewählt werde. Alles das gelte aber nur unter der Voraussetzung, daß Brüning noch weiter am Ruder bleiben wolle. Etwas anderes sei es, wenn sich diese Sachlage ändere, denn dann könnten die Nationalsozialisten ruhig abwarten. Wenn durch die Aktion Brünings die Würde und das Ansehen des Reichspräsidenten geschädigt worden seien, so hätten nicht die nationale Opposition, sondern die Gegenspieler die Schuld daran.

Versöhnungskurs in Ostgalizien?

Wieder einmal glauben Regierungskreise ein Liebeswerben um die Ukrainer in Ostgalizen einzugehen. Eine Reihe sich widersprechender Gerüchte kreisen in Warschau und die Stimmung, die als Begleitmusik aus der Regierungspresse ertönt, ist mindestens verdächtig, denn man scheint den Ukrainern auf einmal etwas mehr zu geben, als nützlich scheint. Die Völkerbundstagung ist vor der Tür und wenn ihr auch jetzt wenig Bedeutung beigemessen wird, weil die internationale Gestaltung andere Wege zu gehen scheint, so ist wiederum noch ein unerledigter Punkt auf der Tagesordnung, die Pazifizierung der Ostukraine unseligen Andenkens. Als man diese Pazifizierung durchführte, konnte man aus den Regierungsblättern hören, daß sie unbedingt notwendig war, um endlich zu einer Verständigung mit den polnischen Ukrainern zu kommen. Diese „Verständigung" scheint doch nun nicht gelungen zu sein, nachdem man neue Versuche unternimmt, um einen „Versöhnungskurs" einzuleiten. Das Wort „einzuleiten" ist weniger angenehm, denn man ist nie dabei sicher, nach welcher Richtung sich diese Versöhnung bewegen wird. Aber setzen wir das Beste voraus, so bleibt in erster Linie die Tat als solche notwendig und da scheint es bisher über schöne Worte nicht hinausgekommen zu sein.

Wir wissen aus dem Verlauf der Nachmairegierungen, daß es an Versuchen, zu einem Ausgleich mit den Ostgaliziern zu kommen, nicht gefehlt hat. Einer der bedeutensten Unterhändler der Regierung, der es auf eine Einigung mit den Ukrainern ankommen lassen wollte, ist der Mörderhand verfallen und obgleich man angab, daß die Mörder bereits gefaßt sind, und daß man den Tätern auf der Spur ist, kam noch nichts heraus, was nur annähernd darauf schließen ließe, wer die Täter sind, wenn auch die nationalistische Presse sofort die Mörder in den Kreisen der militärischen Geheimorganisation suchen wollte. Der Pazifizierung der polnischen ukrainischen Gebiete sind Schulschließungen gefolgt, Verbot von Sportorganisationen, Schließung von Kulturstätten, Vernichtung von Genossenschaften und all das hat eine Stimmung erzeugt, die eine baldige Verständigung als ausgeschlossen erscheinen läßt. Wenn jetzt wiederum der Versuch regierungsseitig zu einer Verständigung, oder sagen wir besser, einem Ausgleich zu kommen, erneut unternommen wird, so kann man das vom staatspolitischen Standpunkt aus nur begrüßen. Allerdings werden die Minderheiten Polens nach ihren Erfahrungen doch nur sagen können, die Botschaft hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube! Denn diese Pazifizierung hat Wurzeln geschlagen, die sich nicht mit einigen Schulkonzessionen beheben lassen und es muß schon bessere Einsicht sein, mit wirklichen Versöhnungstaten, wenn das ukrainische Volk auf einen Versöhnungskurs Hoffnungen hegen soll.

Wie dem auch sei, aus journalistischer Pflicht verzeihen wir diese Aktion, die immerhin nach der Warschauer Presse greifbare Formen anzunehmen scheint. Vor einigen Tagen hatte nämlich der neue Wojewode von Lemberg mit ukrainischen Organisationen verschiedener Richtungen eine Konferenz, von der, Pressemitteilungen zufolge, behauptet wurde, daß sie keinerlei politischen Charakter tragen, daß aber der neue Verwaltungschef die Ansicht vertreten habe, daß es an der Zeit sei, die Wünsche dieser ukrainischen Mehrheit auf ostgalizischem Boden aus dem Munde dieser Bevölkerung zu erfahren, und daß er entsprechend ihren Bedürfnissen die erforderlichen Maßnahmen dazu auf dem Verwaltungswege treffe. Eine große Geste, aber wenn sie ernsthaft gmeint ist, immerhin eine Versuchssaat, die gute Früchte nach Jahren reifen lassen kann. Selbst wenn man zu dieser Regierung große Reserven hat, wird man sagen dürfen, daß es über Versprechungen aller polnischen bisherigen Regierungen, der erste Versuch zur Tat ist. Zu gleicher Zeit tagte der konservative Flügel aus Ostgalizien innerhalb des Regierungsblocks, auf welchem der ehemalige Lemberger Wojewode, Graf Dumin Borkowski, eine Programmrede hielt, daß ein Ausgleich mit der ukrainischen Bevölkerung gesucht werden müsse, man sah aber von einer Resolution in dieser Richtung ab, weil man die Ausgleichsversuche, die jetzt schweben und von der Regierung gepflegt werden, nicht durchkreuzen wolle. Zwei Tatsachen, die davon zeugen, daß eine „Versöhnungsaktion" im Gange ist.

Allerdings muß man diese politischen Gerüchte mit großer Vorsicht aufnehmen. Während die ukrainische Min-

Abschluß der Genfer Kohlenkonferenz

Auf dem Wege zu einem internationalen Kohlenkartell

Genf. Die Konferenz der sieben hauptsächlich an der Kohlenfrage interessierten europäischen Länder ist abgeschlossen worden. In den Verhandlungen wurde einmütige Uebereinstimmung dahin erzielt,

daß eine Ueberwindung der gegenwärtigen Krise der Kohlenindustrie nur auf der Grundlage einer einmütigen Verständigung zu suchen ist, die, wenn auch nicht zu einer Belebung des Verbrauches, so doch zu einer Ausschaltung des gegenwärtigen verhängnisvollen internationalen Preiskampfes führen könnte.

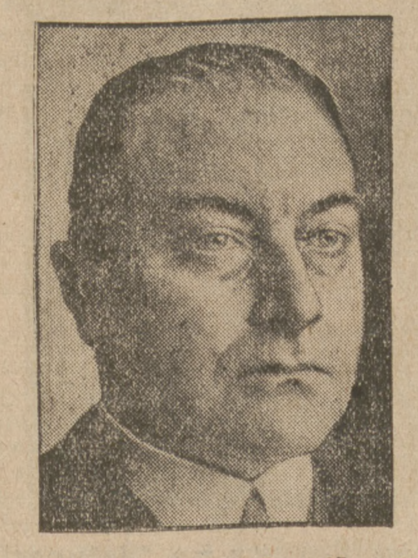
Es wurde übereinstimmend festgestellt, daß Deutschland und England am schärfsten von der gegenwärtigen Krise betroffen worden sind. Die Pfundentwertung bedeutet, wie von deutscher Seite in den Verhandlungen hervorgehoben wurde, für die deutsche Kohlenausfuhr einen Preisrückgang von 6 Mark. Völlige Uebereinstimmung wurde dahin erzielt, daß alle Schutzmaßnahmen, die zur Ueberwindung der Krise getroffen werden sollen, lediglich einen vorübergehenden Charakter tragen und unverzüglich nach Ueberwindung der Krise wieder aufgehoben werden sollen. Als abschließendes Ergebnis hat sich in den Verhandlungen der einmütige Wille gezeigt,

auf dem Wege einer internationalen, so schnell wie möglich herbeizuführenden Verständigung zu einem allgemeinen internationalen Kohlenkartell zu gelangen.

Die Verhandlungen werden zunächst auf privatem Wege auf Grund von Vorschlägen, die von einem Kreise englischer Unternehmer ausgearbeitet worden sind, fortgeführt werden. Diese Vorschläge sollen sodann innerhalb der drei Gruppen der Vertreter der Regierungen, der Unternehmer und der Arbeiter durchberaten werden. Der Bericht der Kohlensachverständigen wird zunächst in dem in dieser Woche zusammentretenden Wirtschaftsausschuß des Völkerbundes zur Beratung gelangen. Nach dem Abschluß der gegenwärtig laufenden privaten Verhandlungen über den Plan eines internationalen Kohlenkartells soll dann eine neue Konferenz der Kohlensachverständigen stattfinden.

Laval — ein Schritt zum Krieg!

Paris. Einige Abgeordnete der Opposition sprachen sich sehr pessimistisch über die Zukunft der neuen Regierung aus. Ein Radikalsozialist hat vorgeschlagen, die für April vorgesehenen Kammerwahlen vorzuverlegen. Der sozialistische Abgeordnete Grumbach erklärte: „Wenn Briand nicht mehr am Quai d'Orsey ist, so bedeutet das einen großen Verlust für den Frieden und einen Schritt zum Kriege".



Generaldirektor Dr. Curtius

Dr. Julius Curtius, der frühere Reichsaußenminister, ist jetzt vom Aufsichtsrat der „Wabag", der Nachfolgerin der Fürstlich-Pleß'schen Verwaltung in Waldenburg zum Generaldirektor der Gesellschaft gewählt worden.

derheitenpresse nur undurchsichtige Mitteilungen über diese Ausgleichsverhandlungen bringt, ein Beweis, daß positive Vorschläge seitens der Unterhändler an die ukrainischen Vertreter noch fehlen, weiß die Warschauer Presse, schon sehr umfangreiche Maßnahmen zu verkünden. Es heißt, daß die Regierung von sich aus die Initiative ergreifen werde und in einer Erklärung darlegen wird, daß den Wünschen der ukrainischen Bevölkerung in Besonderheit ihres sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens, auf dem Wege der Reformen Rechnung getragen werden soll und zwar nicht auf dem Wege neuer Gesetzesmaßnahmen, sondern in Verwaltungsverordnungen durch den Wojewoden von Lemberg. Es heißt weiter, daß in diesem Zusammenhang bald 100 bisher geschlossene ukrainische Volksschulen sofort eröffnet werden, daß fernerhin drei Gymnasien in Drohobycz, Tarnopol und Rohatyn, ihre Pforten öffnen, und daß man sogar Vorbereitungen für eine ukrainische Universität in Stanislau treffe, wofür man bereits eine Person des ersten Rektors gefunden hat. Ja, man geht noch weiter! Unmittelbar werden die Verbote für die Sportorganisationen Luh, Plast und Sokil aufgehoben, man will die Entwicklung der Genossenschaften durch Gewährung von Staatskrediten fördern. Also das Versöhnungsprogramm liegt bereits vor, wer aber aus der Auslandspresse weiß, was durch die Pazifizierungsaktion am ukrainischen Kulturbestand vernichtet wurde, wird doch sagen müssen, daß so umfangreich das Versöhnungsprogramm ist, es doch sehr, sehr bescheiden ausgefallen ist. Aber immerhin ein Anfang.

Eine sensationelle Wendung scheint eingetreten zu sein, aber Kenner der Verhältnisse werden sich dessen erinnern, daß die schärfsten Angriffe, wegen der Behandlung der polnischen Minderheiten, gerade aus England erfolgt sind. Dort hat auch das ukrainische Pressebüro seine Agitationsstätte gefunden, und es waren gerade, zurzeit der Arbeiterregierung, Abgeordnete der Arbeiterpartei und Henderson selbst, die sich für dieses ostgalizische Problem interessiert haben. Und man wird auch bei dem letzten Besuch Zaleskis in England, diesen daran erinnert haben, daß Polen seinerzeit, bei Uebernahme des ukrainischen Okkupationsgebiets, unter seine Staatshoheit die Zusicherung gegeben habe, daß Ostgalizien im polnischen Staatsbereich eine Autonomie gewährt erhalte, mit einer eigenen Universität in Lemberg. Gemessen an diesem seinerzeitigen Versprechen, ist das Programm der Versöhnung, fast wie Zuckerbrot, welches jetzt der Pazifizierung folgt. Wir unsererseits begrüßen jeden Schritt, der zum Ausgleich mit den Minderheiten in Polen führt. Allerdings lassen unsere Erfahrungen in solchen Versöhnungsaktionen zu großer Vorsicht verleiten, auch dann, wenn solche guten Absichten von der Völkerbundstribüne versichert werden. Polen selbst kann seinen internationalen Ruf durch solches Entgegenkommen nur heben, denn gerade in der Auslandspropaganda ist das polnische Minderheitenproblem, Hauptangriffspunkt gegen eine verfehlte Regierungspolitik. Und es ist doch schließlich Zeit, daß man mit Dingen den Anfang macht, wie die moralische Abrüstung, die man als besondere Aktion eingebracht hat. Der Brester Prozeß hat ja gezeigt, wie dringend, im Interesse des polnischen Staates, selbst bei uns die moralische Abrüstung notwendig ist. Da genügt es nicht, nur solche Abkommen vorzuschlagen und deren Diskussion zu fordern, sondern in erster Linie die Regierungspresse, zur Innehaltung der moralischen Abrüstung, aufzufordern und hier hat doch die Regierung der starken Hand hoffentlich auch wirklich eine starke Hand, statt so vieler schöner Worte.

—ll.

Zusammentritt des Finanzausschusses des Völkerbundes

Genf. Der ständige Finanzausschuß des Völkerbundes ist am Donnerstag unter Vorsitz des Oesterreichers Schüller zusammengetreten und hat sogleich die Aussprache über die gegenwärtige Krise der Wirtschaft begonnen. Zur Verhandlung gelangten insbesondere die Maßnahmen, die die Regierungen in letzter Zeit zum Schutze der nationalen Wirtschaft ergriffen haben. Insbesondere wurde die Rolle erörtert, die die Devisenverordnungen in den einzelnen Ländern als Drosselungsmaßnahmen spielen. Es wurde beschlossen, Ende nächster Woche eine gemeinsame Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses abzuhalten, da man zu der Ansicht gekommen ist, daß in der gegenwärtigen Krise ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen den wirtschaftpolitischen und finanzpolitischen Problemen besteht.



Port Arthur wird wieder japanischer Flottenstützpunkt

Das japanische Flottenministerium hat angeordnet, den Hafen von Port Arthur wieder als Flottenbasis für die in China stationierten Seestreitkräfte zu benutzen. Port Arthur spielte bekanntlich im russisch-japanischen Kriege 1904/05 als russischer Flottenstützpunkt eine bedeutende Rolle. Berühmt geworden ist der Sturm der Japaner auf die Festung Port Arthur. Japan hat dann den Hafen ausgebaut, ihn aber 1922 als Flottenstützpunkt aufgegeben,n da er zu klein war.

England für Endlösung

Erst Streichung der Reparationen — dann Schuldenniederschlagung

Berlin. Berliner Blätter geben eine Reutermeldung aus London wieder, in der es u. a. heißt: Obwohl es unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht so aussieht, als ob eine endgültige Regelung der Reparationsfrage erfolgen könnte, würde doch, wie man zu wissen glaubt,

die englische Regierung mit einer Zwischenlösung allein nicht zufrieden sein,

die nur darauf hinausläuft, daß man auf der Stelle marschiert. Die zuständigen amtlichen britischen Kreise unterstützen einigermaßen die Ansicht, daß ein langfristiges Moratorium nicht genüge; wenn man jetzt keine endgültige Regelung erlangen könne, so wäre es besser, einen Vergleich zu schließen, der die Endlösung beschleunigt, anstatt sie zu vertagen. Dieser Ansicht dürfte es zuzuschreiben sein, wenn die englische Regierung das Reparationsproblem studiert und ihre Bemühungen darauf richtet, den Weg für eine günstigere Stimmung freizumachen,

um dadurch eine endgültige Regelung in den Bereich des Möglichen zu rücken.

Man glaubt zu wissen, daß die englische Regierung es vorziehen würde, wenn die Kriegsschuldenfrage in Lausanne nicht erörtert würde und sich die Konferenz einzig und allein auf das Reparationsproblem beschränken würde. Im übrigen ist das Datum des 25. Januar feststehend. Man glaubt nicht, daß die Konferenz länger als eine Woche dauern wird.

Ergebnis der internationalen Pressekonferenz

Kopenhagen. Die internationale Pressekonferenz in Kopenhagen hat am Donnerstag ihre Arbeiten beendet. Die amtlichen Pressebüros, die großen Nachrichtengesellschaften und die internationalen Organisationen der Presse haben zwei Entschließungen gegen die Verbreitung unrichtiger Nachrichten angenommen. Sie schlagen als bestes Mittel zu deren Verhinderung eine umfassende, schnelle und genaue Unterrichtung durch die amtlichen Stellen vor. Die zweite Entschließung befaßt sich außerdem mit den Folgerungen die aus den Ergebnissen der großen Genfer Konferenz im Jahre 1927 zu ziehen sind. Es handelt sich dabei um Bestimmungen über die Zeitungsbeförderung, Telegramm- und Telefonverbindungen, die auf einer Verkehrskonferenz des Völkerbundes in Madrid im Herbst d. Js. weiterbehandelt werden sollen. Eine dritte Entschließung befaßt sich mit der Zusammenarbeit der amtlichen Pressebüros, in der besonders auf den Austausch von amtlichen Dokumenten und Nachrichten Wert gelegt wird. Am Donnerstag nachmittag fand die feierliche Schlußsitzung der Pressekonferenz statt, bei der der Präsident der Konferenz über den Verlauf der Konferenz berichtete.

Echo des Brester Prozesses

Massenbeschlagnahme der Presse.

Der Ausgang des Brester Prozesses und des Urteils hat überall ein starkes Echo gefunden. Leider sind wir nicht in der Lage, die Kommentare wiederzugeben, da sie zu weiterer Beschlagnahme führen möchten, wie es gestern mit dem „Volkswille“ und der „Polonia“ geschehen ist, die zu dem Brester Urteil Stellung genommen haben. Die Berliner Presse nimmt, ohne Ausnahme, eine scharfe Stellung gegen das Urteil ein, Berliner Blätter sind auch gestern in Polen bei ihrem Eintreffen zum teil beschlagnahmt worden.

Eine eigentümliche Stellung zum Brester Urteil nimmt das, sonst radikal demokratische „Berliner Tageblatt“ ein. Sein Korrespondent möchte nicht die Opposition verurteilen, kann sich indessen nicht dazu bewegen, das Urteil im wahren Lichte zu zeigen. Aber das verwundert nicht weiter, wenn man die Lobeshymnen über die „Erste Brigade“ vor einigen Tagen gelesen, die einer Anbetung des Pilsudskisystems gleichkomme und eine Verherrlichung der Macht und Kraft, wie sie im heutigen Polen zum Ausdruck kommen. Und so etwas nennt sich Demokrat. Die Tradition des demokratischen „Berliner Tageblatts“ scheint so allmählich auf den Hund zu kommen, wenn ein junger Mann Gefallen am Verkehr in Offizierskreisen findet, die ihm infolge ihres Kraftbewußtseins, imponieren.

Französische Abrüstungsrundreise

Besuch bei den „Freundschaftsstaaten“.

Paris. Der französische Sachverständige für Abrüstungsfragen, Massigli, ist am Mittwoch in Warschau eingetroffen. Man versichert zwar, daß Massiglis Reise nach der polnischen Hauptstadt keinen amtlichen Charakter trage, erklärt aber gleichzeitig, daß er auch die Hauptstadt der Tschechoslowakei und Südslawiens besuchen werde. Das „Journal“ betont aber, daß die Reise des französischen Abrüstungssachverständigen den Zweck habe, die bevorstehende Abrüstungskonferenz vorzubereiten. Massigli werde sich außerdem mit Zaleski über die Nichtangriffspaktverhandlungen mit Rußland unterhalten.

Hoover kandidiert wieder

Washington. Der Generalpostmeister Brown, der der Wahlmacher Hoovers ist, besuchte am Donnerstag den Präsidenten im Weißen Haus. Danach erklärte er, daß Hoover ohne Zweifel wieder bei der Präsidentschaftswahl aufgestellt werde. Ackerbauminister Hyde sprach sich ähnlich aus.

Ungarische Begleitmusik zu Bethlens Romreise

Budapest. Im Abgeordnetenhaus veranstalteten die Sozialdemokraten am Donnerstag Lärmszenen wegen der Reise des Grafen Bethlen nach Rom. Die Mehrheit dagegen zollte dem Grafen rauschenden Beifall. Einem sozialdemokratischen Abgeordneten, der erklärte, es gehe nicht an eine französische Orientierung zu verkünden und gleichzeitig den italienischen Diktator zu umschmeicheln, wurde das Wort entzogen.

Die lettländisch-russischen Verhandlungen

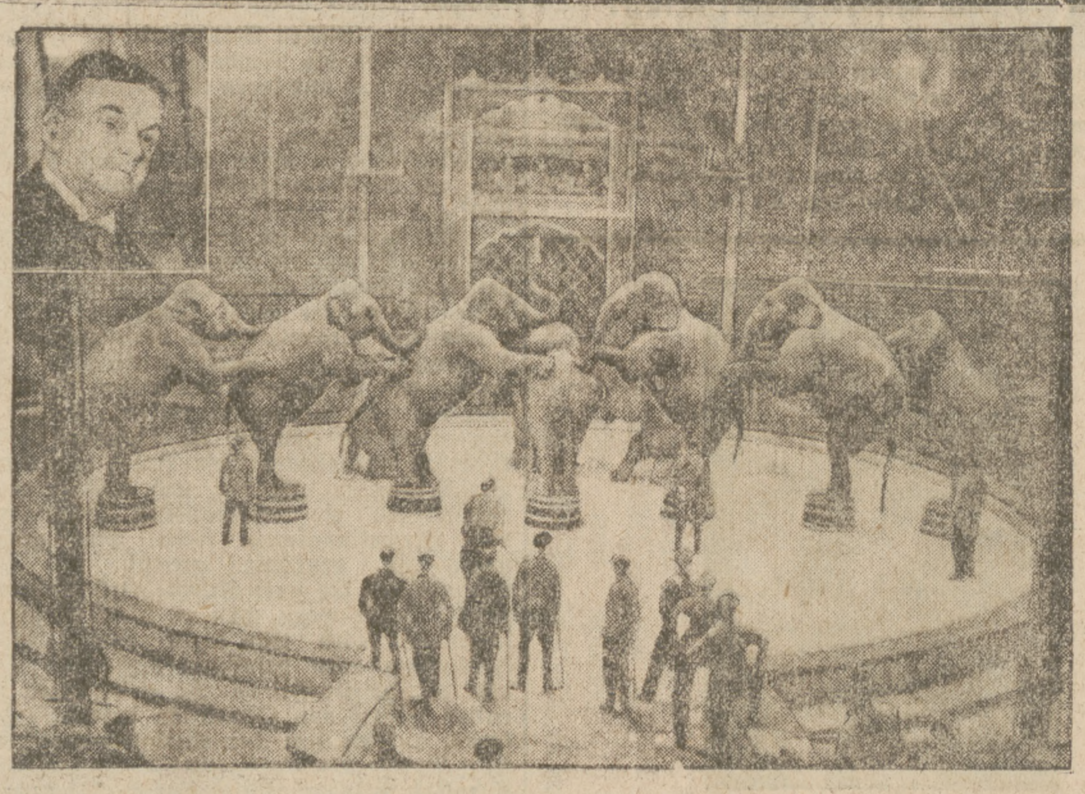
Riga. Die lettländisch-russischen Nichtangriffsvertragsverhandlungen gehen erfolgreich weiter. Der russische Vorschlag, einen Schlichtungsausschuß an Stelle eines Schiedsgerichts einzusetzen, ist als Grundlage der Verhandlungen angenommen worden. In grundsätzlichen Fragen ist bereits eine Einigung erzielt. Jetzt drehen sich die Verhandlungen nur noch um die Abfassung des Vertrages und der Nebenbestimmungen.

Die Antwort der Nankingregierung an Amerika

Nanking. Am Mittwoch wurde die Antwortnote der chinesischen Regierung auf die amerikanische Note an Japan und China dem amerikanischen Generalkonsul in Nanking ausgehändigt. In der Note wird betont, das China bereit sei, mit den Vereinigten Staaten an der Aufrechterhaltung der Unantastbarkeit des Neunmächte-Abkommens zusammenzuarbeiten. Es wird die Hoffnung ausgesprochen, daß die Vereinigten Staaten weitere Maßnahmen ergreifen würden, um die Abmachungen des Neunmächteabkommens in einer wirksamen Weise aufrecht zu erhalten.

Bauernfuhrwerk vom Eisenbahnzug erfaßt

Warschau. Wie aus Wilna gemeldet wird, wurde in der Nähe der Eisenbahnstation Lida ein Bauernfuhrwerk von einem Personenzug erfaßt und völlig zertrümmert. Die drei Insassen waren auf der Stelle tot. Es wird angenommen, daß die 3 Bauern betrunken gewesen sind.



Die vielbewunderten Elefanten bei einer Vorführung im Zirkuszelt

Oben links: Direktor Hans Stosch-Sarrasani.

In der Zeltstadt, die der bekannte Zirkusdirektor Hans Stosch-Sarrasani zur Zeit in Antwerpen aufgeschlagen hat, wurde durch einen plötzlich nachts ausbrechenden Brand gewaltiger Schaden in Höhe von einer Million Mark angerichtet. Besonders bedauerlich ist der Tod von mehreren Elefanten, die nicht rechtzeitig mehr hatten befreit werden können.

Wirtschaftshilfe für Schlesien?

Der neue Wojewodschaftsrat — Kampfansagen an den Kapitalismus — Die hilflose Sanacja
Die Sozialisten fordern Verstaatlichung der Produktionsmittel — Protest der Galerie

Die erste Sitzung im neuen Jahr des Schlesischen Sejms stand ganz im Zeichen der Krise, deren Auswirkung noch immer nicht zu übersehen ist. Natürlicherweise hatten gerade die Arbeitslosen ein großes Interesse und haben zumindest erwartet, daß die Verantwortlichen für die heutige Politik soviel moralischen Mut aufbringen werden und einmal von der Sejmtribüne einige beruhigende Worte sprechen und wenigstens jene Geheimnisse der „Rettung“ offenbaren, von denen sie während der Wahlen soviel gesprochen haben. Wo die Vertreter der Arbeiterinteressen sitzen, davon konnten sich nunmehr alle überzeugen, die einsehen wollen, was durch die Wahlen im November 1930 angerichtet worden ist. Die drei Sozialisten haben keine Ursache vor den Tatsachen zurückzuschrecken, denn jetzt leuchtet es auch den bürgerlichen Vertretern dieses Sejms ein, daß ihre Heilsrezepte vollkommen versagen und zum ersten Male machte sich auch eine Mißstimmung auf der Galerie bemerkbar, als der Sanacjaredner Witczak seine Sprüchlein herleiern wollte und er Rufe entgegengeschleudert erhielt:

Gebt uns Brot und Arbeit!

Der erste Punkt der Tagesordnung umfaßte die

Neuwahl des Wojewodschaftsrates,

zu welchem drei Listen, Korfantyklub, Sanatoren u. Deutsche eingereicht wurden. Insgesamt sind 47 Stimmen abgegeben, wovon auf die Liste Korfanty 18, auf die der Sanatoren 19 und auf die deutsche Liste 7 Stimmen entfielen, während seitens der Sozialisten weiße Zettel abgegeben wurden. Vom Korfantyklub kamen die Herren Mildner und Schweinoch, von den Sanatoren Pfarrer Grim und Lortz, von den Deutschen Michatz in den Wojewodschaftsrat hinein,

die Sozialisten verloren ihr Mandat, da eine Kombination für ein sozialistisches Mandat nicht mehr gegeben ist,

nachdem ihre Zahl von früher 5 auf 3 gesunken ist.

Nachdem die Wahl beendet war, kam die Resolution der Sozialkommission zur Beratung, die in einer Reihe von Forderungen, wie sie hier wiederholt aus den Verhandlungen der Sozialkommission dargelegt worden sind, von der Warschauer Regierung fordert, daß sie alle Maßnahmen treffe,

um der schlesischen Wojewodschaft die erforderliche Hilfe zu bringen.

Die Resolution wurde vom Abgeordneten Sosinski begründet, der in umfassender Weise den Gang der Ereignisse schildert und an Hand reichen Tatsachenmaterials begründet, welche Schritte zu unternehmen sind, um endlich einen Ausgang aus der Wirtschaftskrise zu finden. Seitens des deutschen Klubs sprach Abg. Franke, der besonders die Ereignisse in der Friedenshütte darstellt, welche Folgen die Schließung solcher Betriebe nach sich ziehen muß und wie die Polizei die Arbeiterschaft behandelt. Wie in einzelnen Betrieben gewirtschaftet wird, hat vorher schon der Abg. Brzeskot, namens der Korfantyrichtung, dargelegt.

Genosse Machej benutzte die Gelegenheit, um mit den bürgerlichen Parteien abzurechnen, die jetzt mit Resolutionen kommen, die niemanden nützen können, weil das kapitalistische System versagt. Trotzdem werden die Sozialisten für die Anträge stimmen, obgleich sie sich darüber klar sind, daß mit diesen Vorschlägen die Wirtschaftskrise nicht behoben wird, sie könnte zwar Hilfe bringen, aber dazu müßte in Polen erst eine Systemänderung erfolgen und hierfür sind nur wenig Aussichten vorhanden. Aber

Regierung und Industrie gehen Hand in Hand, um die letzten Reste der Sozialgesetzgebung zu beseitigen,

wollen keine Arbeitszeiteinschränkung durchführen, im Gegenteil, von den verkürzten Löhnen der Industrie noch helfen. Die Sozialisten haben längst auf die Unzulänglichkeit aller kapitalistischen Methoden hingewiesen und es wird keinen Ausweg aus der Krise geben, solange man sich nicht entschließt, die

Produktionsmittel zu verstaatlichen.

Der Staat hilft der Industrie und es ist unbegreiflich, warum er sich nicht größere Rechte sichert. Der Demobilmachungskommissar, dessen Rechte erweitert werden, wird auch hier nicht viel helfen können, denn er wartet gewöhnlich nur auf einen besseren Posten in der Industrie und führt schließlich nur Befehle aus, die ihm von oben gegeben werden. Nur die

Verstaatlichung des Privateigentums

kann hier helfen, aber es ist kaum anzunehmen, daß sich die heutige Regierung dazu entschließen wird. Es ist höchste Zeit, daß sich die maßgebenden Kreise daran erinnern, daß etwas getan werden muß, denn die Stimmung in den Massen ist unerträglich, man will

keine papiernen Versicherungen, die Massen wollen Arbeit und Brot.

Was die Regierung will, weiß man nicht, es ist aber eine Katastrophenstimmung vorhanden, die dem ganzen System gefährlich werden kann.

Abg. Roguszak setzt sich dann mit den Sanatoren und ihrer Politik auseinander, verweist auf die Mißstimmung über den Demobilmachungskommissar und erklärt, daß in Polen in der Nachmaizeit Zustände eingegriffen haben, die niemand, der unter Führung Korfanty für die Wiedererstehung Polens gekämpft hat, erwartete. Auch Roguszak warnt vor der Stimmung der Massen und erklärt,

daß es in Polen nicht besser wird, solange das heutige Regime herrsche.

Ueber diese Ausführungen war der Abg. Witczak empört und spritzte sein Gift gegen die Opposition aus, aber als der Genosse Kowoll ihn im Zwischenruf darauf aufmerksam macht, daß sein Klub und die heutigen Machthaber diese Zustände verschuldet haben,

erschallen von der Galerie Zwischenrufe, die Brot und Arbeit fordern und nicht leeres Gerede der Sanatoren. Die Tribüne wird geräumt

und als die Sitzung wieder hergestellt wird, muß man eine Rede über sich ergehen lassen, die nicht nur Witczak, sondern das ganze Sanacjasystem kompromittiert. Sie war ein einziges Zeugnis, daß sich **Menschen zu Führern präsentieren, die von den Dingen selbst nicht die geringste Ahnung haben.**

Witczak antwortete der Genosse Dr. Glücksmann, der zunächst darauf hinweist, daß ihn die Sorgen der Sanacja um die Arbeiterschaft nicht überzeugen können. Vor allem nicht der Rat, die Resolution der Sozialkommission abzulehnen, weil sie kein Heilrezept bringt. Gewiß wird sie

keine positive Hilfe bringen, solange man nicht auf die sozialistisch. Forderungen zurückgreift,

die Verstaatlichung der Produktionsmittel. Die Sozialisten brauchen nicht nach Heilmitteln zu suchen, denn ihr Programm hat diese Heilmittel bereits vor Jahrzehnten aufgewiesen. Gewiß bestehen Gegensätze in Anschauungen zwischen den bürgerlichen Richtungen im Sejm und den Sozialisten, aber diese wollen nichts unterlassen, wenn es gilt Hilfe zu schaffen. Die Theorien Witczaks zeigen, wie wenig er sich orientiert und die Radziwill, Rudzinski und Wierbcki aus dem Warschauer Sanatorenklub würden ihre helle Freude haben, wenn sie Witczak so sprechen hören müßten. Aber nicht allein zu diesen Vertretern steht Witczak im Widerspruch, sondern auch mit Kapuszynski, der sich als Arbeitervertreter aufspielt, aber vor dem Kapitalismus Halt macht. Rudzinski fordert nur den klassischen Kapitalismus und alles wird mit einem Schlage gut und gerade in England hat dieser klassische Kapitalismus seine Bankerotterklärung erwiesen. Wir haben eine neue Theorie der Krise von Witczak erfahren, die Deflation, aber alle beten den Dollar so an, wie früher das goldene Kalb. Wie zu retten ist, fragt Witczak und Glücksmann antwortet darauf, daß auf alle Fälle nicht mit dem Sanacjaprogramm, wie Einschränkung der Handelsbeziehungen, neuen Zöllen und Steuern, sondern mit

Staatskontrolle der Betriebe,

ohne daß dazu besondere Kommissare notwendig sind, die ihre Mißwirtschaft unter dem Sanacjasystem erwiesen haben. Wir wollen nicht nur Betriebsräte, sondern sind sogar für Arbeiterräte, und weil die Resolution der Sozialkommission hierzu die ersten Wege zeigt, so sind wir

für die Resolution.

Allerdings können wir die Wissenschaft Witczaks vom Parlamentarismus nicht teilen, weil der Sejm in Schlesien nicht zu einem Automat herabsinken will, wie Sejm und Senat in Warschau, wo sie zur Maschine degradiert werden, indem man mit ihnen kommandiert: Auf, niedersetzen, auf niedersetzen, solche Abgeordnete hat uns Witczak prophezeit, eine Garnitur davon haben wir auch hier in Schlesien. Wir teilen auch nicht den

Heorismus des Ausgebens,

denn es ist kein Heroismus, nicht mehr auszugeben, als man hat und wenn sich keine Anleihegeber finden, so ist die beste Idee des Aufbaus nichts. Man sagt uns, es wird schon werden, wie die Vertreter der Industrie in der Sozialkommission es versichert haben und Herr Kapuszynski hat sich erst für die Beseitigung der Ausländer ausgesprochen, um sich dann von dem Wojewodschaftsvertreter revidieren lassen zu müssen, daß die Wojewodschaft nichts dagegen hat, wenn hier Franzosen, Italiener und Amerikaner wirken, denn ihr Freund ist gerade der Fürst Radziwill aus dem Regierungsblock in Warschau.

Wenn Witczak hier von Demagogie, gegenüber der Bevölkerung. sprach, so können von sich aus die

Sozialisten sagen, daß ihr Programm es ihnen verbietet, in öffentlichen Versammlungen Versprechungen zu machen, die nicht erfüllbar sind,

und wir wissen recht wohl, daß diese Resolution den Arbeitern noch nichts gibt, aber Wege weist, wie geholfen werden könnte. Demagogie gab es gerade im Sanacjalager, die soviel mit dem Antrag Kotas über das Bauwesen versprachen, produktive Erwerbslosenhilfe, die bisher ausgeblieben ist. Wenn also wo Demagogie gesucht werden kann, dann bei den Freunden Witczaks, ob in Warschau oder Schlesien, und Radziwill würde es sich sehr energisch verbieten, wenn ihm Witczak eine Resolution vorlegt, daß die Direktorengehälter abgebaut werden sollen, denn er ist doch der Schutzherr des internationalen Kapitals in Polen. Wir fürchten die Kommunisten nicht, mit denen hier Dombrowski gedroht hat, denn wenn er meint, daß in Rußland nach Kerenski die Kommunisten kamen, so braucht man noch nicht zu folgern, daß nach der heutigen Diktatur in Polen, auch der Kommunismus kommen wird, denn das wäre ein schlechtes Ergebnis der schöpferischen Arbeit der starken Regierung.

Wir werden für die Resolution stimmen mit den, von Machej eingebrachten, Verbesserungen,

aber wir wissen recht wohl, daß erst die Verstaatlichung der Produktionsmittel, die Kontrolle über die Betriebe durch den Staat, die Krise beheben kann.

Nachdem noch der Abg. Sosinski zu den verschiedenen Zusätzen sprach, wurden die Verbesserungsanträge angenommen, sowie der ganze Antrag der Sozialkommission, die Sanatoren haben es vorgezogen, den Saal vorher zu räumen.

Als Interpellation aller Klubs, mit Ausnahme der Sanatoren, wurde

Protest gegen die Einführung des Alkoholgesetzes

erhoben, weil diese die schlesische Autonomie antaste. Die Interpellation wurde der Rechtskommission überwiesen.

Der sozialistische Klub brachte, mit Unterstützung des deutschen Klubs, drei Interpellationen ein und zwar 1. wegen unrechtmäßiger Exmittierung von Arbeitern auf einem Dominium, ohne Urteil des Gerichts, mit Hilfe der Polizei, eine Anfrage an den Wojewoden, warum die Kommissarenwirtschaft, trotz Wunsch des Sejms, in Bielitz und Teschen nicht aufgehoben wurde, aus welchem Grunde die Gesetzesvorlage, bezüglich Altersrente und Invalidenschutz, noch nicht vorgelegt worden ist und warum die Selbstverwaltungsinstitute nicht in ihre früheren Rechte zurückgeführt sind. Die dritte Interpellation fordert vom Wojewoden Aufklärung, ob gleiches Recht auf Arbeit, nach der Verfassung, auch Angehörigen der deutschen Minderheit gewährt werde und warum die Ausübung der Konzessionen, Angestellten von Arbeiterkonsumvereinen nicht gewährt wird. Es handelt sich um eine Aussage des Naczelniks Dr. Bobr, der die Qualifikation nur vollgültigen Polen zuerkennen will.

Damit war die sechsstündige Beratung zu Ende, die übrigen Punkte der Tagesordnung wurden auf die nächste Sitzung, am Freitag, den 15. Januar, nachmittags 3 Uhr, verlegt.

Polnisch-Schlesien

Den Geliebten entführt

Herr Goldberg in Graudenz, ist ein angesehener Kaufmann. Er betreibt in der ulica Klasztorna ein Konfektionsgeschäft, das zwar in der letzten Zeit ein wenig nachgelassen hat, aber dennoch soviel abwirft, daß es für die dreiköpfige Familie Goldberg genügt. Schließlich hat Herr Goldberg „in der Zeit gespart“ und war gegen alle Eventualitäten gesichert. Da kam aber etwas dazwischen, was das ruhige Leben der Familie Goldberg außer Rand und Band brachte. Die einzige Tochter Goldbergs, die schöne Pela empfand eine Art Herzensregung, was sie zwar vor ihren Eltern sorgfältig verbarg, aber den Eltern nicht entgangen ist. Besonders die Mutter hat die Veränderung bemerkt und wollte ihre Pela ausfragen, die aber alles in Abrede stellte. Es war schließlich nichts dabei, denn Pela zählte 18 Lenze und bei einem solchen Alter, pflegt sich eine jede Jungfrau für Herrenbekanntschaften zu interessieren. Man entwarf auch weitgehende Pläne und sprach von einer Erweiterung des Geschäftes und derartigen Dingen. Jedenfalls wünschte man sich einen reichen Bewerber, womöglich einen aus den Intelligenzkreisen, etwa einen Rechtsanwalt mit einem schönklingenden Namen.

Die schöne Pela war tatsächlich bis an die Ohren verliebt gewesen, aber weder in einen reichen Kaufmann, noch in einen Rechtsanwalt, sondern in einen 17jährigen Jüngling, der weder was verdienen konnte, noch etwas besaß, einen gewissen Boleslaus A. Boleslaus fühlte auch eine Neigung zu der Pela, mit der er jeden Tag ein Stelldichein hatte. Schließlich kam das Verhältnis heraus, weil Papa Goldberg dahinter kam. Es hat arge Auftritte in der Familie gegeben und Herr Goldberg hat der Pela streng untersagt, mit Boleslaus weiter zu verkehren. Angeblich fügte sich Pela der väterlichen Anordnung.

Eines Tages behändigte Papa Goldberg seiner Pela mehrere hundert Zloty, damit sie die fälligen Wechsel in der Bank einlöse. Pela hat auf diese Gelegenheit schon lange gewartet. Als sie das Geld in der Hand hatte, begab sie sich damit anstatt in die Bank, zu ihrem Geliebten, um ihn zu einer Flucht zu bewegen. Boleslaus zögerte jedoch, aber die entschlossene Pela packte ihn am Kragen und schleppte ihn zum Auto, das sie vorher schon bestellt hatte. Sie mußte ihren Boleslaus förmlich mit Gewalt in den Wagen hineinstoßen, weil er keine sonderliche Lust zu der romantischen Fahrt zur Schau trug. Auf dem Bahnhof in Graudenz hat Pela ihren Geliebten aus dem Wagen geholt, läste zwei Fahrkarten zweiter Klasse nach Gdingen und schob ihre „liebliche Last“ in den Zug. In Gdingen wurden mehrere „schöne Tage“ in einem Hotel verlebt, wobei Pela Erkundigungen einzig, wann ein Schiff nach Brasilien fährt. Sie hat sich den ganzen Plan in ihrem Kopfe zurechtgelegt, wollte die Matrosen bestechen, um unerkannt nach Brasilien zu gelangen. Lange währte die Freude natürlich nicht, denn Herr Goldberg verständigte die Polizei über das Verschwinden seiner Tochter Pela. Die Polizei wandte sich natürlich an die Polizeigrenzstellen, die sich für das verliebte Töchterchen Goldbergs interessierten.

Als das Liebespärchen im Hotelzimmer noch im Bette lag, wurde plötzlich etwas unsanft an die Tür geklopft und die Polizei verlangte Einlaß. Man muß doch die Polizei hereinlassen, was auch geschah. Nun trat ein Polizeibeamter an die verliebte Pela heran und erklärte ihr kurz und bündig, daß sie sich sofort reisefertig zu machen hat. In polizeilicher Begleitung wurde die junge Sünderin ihren Eltern zugeführt. Ueber die Begrüßung wollen wir hier lieber schweigen und sind überzeugt, daß die Pela auch darüber schweigen wird.

Profitiert hat dabei Boleslaus, weil die Pela ihm die ganze Kasse ausgeliefert hat. Als seine Geliebte von der Polizei geholt wurde, verschwand auch eiligst Boleslaus aus dem Hotel und verließ schleunigst Gdingen unter Mitnahme der Kasse und tauchte später in Danzig auf. Dort wird er, solange das Geld reicht, noch einige schöne Tage verleben.

Am Montag Lohnverhandlungen in Dombrowa Gornicza

Der Industrierat in Dombrowa Gornicza hat die Lohnverhandlungen für morgen festgesetzt, hat aber gestern die Sitzung abberufen und den Montag als Verhandlungstag festgesetzt. Am Dienstag finden Lohnverhandlungen im Schlesischen Bergbau und die Arbeitervertreter haben den Vorschlag unterbreitet, die Lohnverhandlungen in beiden Kohlengebieten zusammenzulegen, weil die Forderungen der Kapitalisten dieselben sind. Es ist kaum anzunehmen, daß die Kapitalisten auf den Vorschlag eingehen werden, weil dadurch eine einheitliche Arbeiterfront entstehen würde, was für die Kapitalisten unerwünscht ist.

Protestversammlung der Belegschaft der Kleophasgrube

Gestern fand eine Belegschaftsversammlung der Kleophasgrube statt, an der über 2000 Personen teilnahmen. Der Vorsitzende Kam. Przykutta eröffnete dieselbe gab die Tagesordnung bekannt und teilte der Belegschaft mit, daß die Giesche-Spolka, sämtlichen Arbeitern, das Arbeitsverhältnis zum 30. Januar 1932 gekündigt hatte. Auch den Angestellten wurde gekündigt. Der Betriebsrat hat aus eigener Iniative bereits Schritte bei den verschiedenen Behörden unternommen und zwar: beim Herrn Wojewoden, den Herren Starosten von Schwientochlowitz und Kattowitz, wie auch bei den Bürgermeistern von Kattowitz und Bismarckhütte und dem Herrn Demobilmachungskommissar. Den einzelnen Delegationen wurde weitgehendste Unterstützung seitens obengenannter Behörden zugesagt, um eine Schließung der Grube unter allen Umständen zu vermeiden.

Abg. Fesser von der Federacja konnte sich nicht durchsetzen und wurde niedergeschrieen.

Genosse Kawalec, als Vertreter des Zentralverbandes streifte die ganze Situation und führte aus, daß die Kumpels gerüstet sein müssen, denn ohne Kampf wird es bei den Lohnverhandlungen nicht gehen. Es wird zum Streik gegriffen werden müssen, denn dieser Lohnkampf wird entscheidend sein. Verliert die Arbeiterklasse in diesem Kampfe, so werden Rechte, die in jahrzehntelanger Arbeit erworben wurden, geraubt. Kam. Wrozyna sprach namens des Bergarbeiter-Verbandes. Seine Ausführungen die sehr sachlich waren, warnten die Anwesenden vor Unbesonnenheiten. Kamerad Wrozyna wies Moron vom Gorn. St. Zw. Gernikow zurecht, da derselbe immer und immer wieder über die Führer der Gewerkschaften hergezogen ist dieselben als „Verräter" hinstellte, zur Bildung von Streikkomitees aufforderte und eine in diesem Sinne handelnde Resolution der Belegschaft zu Annahme empfahl. Moron wurde hier von Wrozyna eines besseren belehrt. Nachdem noch Warzek als Vertreter seines Verbandes kurz zur Sache sprach, schritt man zur Diskussion. Die Diskussion bewegte sich in den Grenzen der Referate. Alle waren sich bewußt, daß der Arbeiterschaft schwere Kämpfe bevorstehen und dieselben geschlossen durchgeführt werden müssen, um in diesem Kampfe Sieger zu bleiben und unter Umständen die Betriebsführung auf Kleophasgrube mit den Angestellten zu übernehmen. Wohl wollten einige Schreier wiederum was anderes durchführen, aber das ist ihnen nicht gelungen, denn die älteren organisierten Belegschaftsmitglieder schenkten dem Betriebsrat vollständiges Vertrauen und wollten nichts von Komitees wissen. Der Betriebsrat hatte hier einen sehr schweren Standpunkt und es ist ihm zu verdanken, daß die Versammlung ruhig verlaufen ist. In der Masse brodelt es schon. Gelingt es diese Grube außer Betrieb zu setzen, so ist die Gefahr vorhanden, daß viele Tausende arbeitslos sein werden. Der Arbeiterschaft aber rufen wir zu: Rüstet zum Kampf, stützt eure alten Verbände, schaffet eine Einheitsfront!

Kattowitz und Umgebung

Programm der nächsten Stadtverordnetensitzung.

Am kommenden Montag, den 18. Januar, nachmittags um 5 Uhr, findet in Kattowitz die erste Stadtverordnetensitzung im neuen Jahre statt. Die Tagesordnung weist insgesamt 21 Vorlagen zur Erledigung auf. Es handelt sich um folgende Punkte: Einführung des Stadtverordneten Dr. Kaufmann, Entgegennahme des Tätigkeitsberichtes der Stadtverordnetenversammlung für das Vorjahr, Vornahme kleiner Aenderungen im Statut der Stadtsparkasse, Erhöhung der Schulgebühren für auswärts wohnende Kinder, welche die Kattowitzer Volksschulen besuchen, Aenderung von Beschlüssen der städtischen Korporationen betreffend die Gewährung der auf Widerruf zu erfolgenden Zuschläge zu den Pensionen für Witwen bezw. Waisen städtischer Pensionäre, anstelle des entzogenen Wohnungsgeldzuschusses, Wahl von 4 Mitgliedern für die städtische Verwaltungsdeputation der kaufmännischen Lehranstalten und zwar aus dem Stadtverordnetenkollegium heraus, Wahl eines Mitgliedes der Marktkommission anstelle des Stanislaus Szrejmann, Wahl eines Bezirksvorstehers, sowie eines Vertreters, Aufhebung zweier Beschlüsse der städtischen Korporationen betreffend die Gewährung von Diäten an Vermessungsbeamte und Angestellte, Wahl eines Mitgliedes für die Grundstücksdeputation anstelle des Mitgliedes Knobloch, sowie für den Gartenbauausschuß und die Budget-Hauptkommission anstelle des bisherigen Mitgliedes Zembok, Wahl eines Mitgliedes für die Grundstücksdeputation, den Gartenbauausschuß, die Sicherheitskommission und den Vorberatungsausschuß anstelle des bisherigen Mitgliedes Saffin, Wahl von Ersatzmitgliedern für weitere Deputationen, Kommissionen und Ausschüsse.

Zu bemerken ist weiter, daß auf dieser ersten Sitzung der Stadtväter die Neuwahl des Büros, gemäß Par. 38 der Städteordnung, sowie des Vorberatungsausschusses (Vorsitzender, 12 Mitglieder und 12 Vertreter) erfolgen wird. In geheimer Sitzung kommen einige Personalangelegenheiten zur Erledigung.

y.

Sonntagsdienst der Kassenärzte. Von Sonnabend, den 16. Januar 1932, nachmittags 2 Uhr, bis Sonntag, den 17. Januar 1932, nachts 12 Uhr, versehen folgende Kassenärzte den Dienst: Dr. Krajewski, Dyrekcyjna 3, Dr. Magiera, plac Wolnosci 2.

Beihilfen an nichtunterstützungsberechtigte Erwerbslose. Das Arbeitsvermittelungsamt teilt mit, daß alle Arbeitslose, welche ihren Meldepflichten zwecks Kontrolle nachkommen, jedoch zur Entgegennahme einer wöchentlichen Unterstützung nicht berechtigt sind, trotzdem Anspruch auf eine einmalige, monatliche Beihilfe haben. Zur Bedingung wird jedoch gemacht, daß die monatlichen Bezüge der in Frage kommenden Beschäftigungslosen nicht mehr betragen dürfen, als: Bei Ledigen 30 Zloty, Verheiratete ohne Kinder 50 Zloty, mit einem Kind 70 Zloty, mit zwei Kindern 100 Zloty, mit vier Kindern 130 Zloty, sowie mit fünf Kindern und mehr 150 Zloty. Zu den monatlichen Bezügen gehören u. a. Kriegsinvalidenrenten, kleinere Einkünfte der Ehefrau oder der Kinder. Die Auszahlung der einmaligen Beihilfe erfolgt durch das jeweilige Arbeitsvermittelungsamt. Bei schweren Erkrankungen und Todesfällen werden ebenfalls einmalige Beihilfen und zwar auch an solche Arbeitslose ausgezahlt, die eine wöchentliche Unterstützung erhalten. y.

Verkehrskarteninhabern zur Beachtung! Die Kattowitzer Polizeidirektion teilt mit, daß von den Eigentümern die Verkehrskarten mit den Nummern 80 000 bis 110 000 bei den einzelnen Polizeikommissariaten innerhalb des Bereichs der Großstadt Kattowitz, abgeholt werden können. Dienststunden sind werktäglich von 8½ Uhr vormittags bis 3½ Uhr nachmittags und Sonnabend von 8½ Uhr vormittags bis 1½ Uhr nachmittags.

y.

Abfahrt von Schulmädchen nach Gorzytz. Am Montag, den 18. Januar, werden im Auftrage des Kattowitzer Magistrats 75 Schulmädchen auf mehrere Wochen nach der Erholungsstätte Gorzytz verschickt. Die Eltern, deren Kinder vom städtischen Wohlfahrtsamt für den Transport nach Gorzytz bestimmt worden sind, werden ersucht, sich mit den Mädchen am Montag, um 6.30 Uhr früh, am Kattowitzer Bahnhof, Halle 3. Klasse, einzufinden.

y.

Im Zeichen der Zeit. In der Dienstagnacht wurde der wachhabende Feuerwehrmann Kolodziejczyk Johann aus Zalenze von mehreren arbeitslosen Kohlesuchern an der Halde der Kleophasgrube blutig geschlagen. K. begab sich in ärztliche Behandlung. Während auf der Halde soviel Kohlen lagern, müssen die Armen nachts sich dieselbe beschaffen, um wenigstens ein klein wenig Wärme in ihrer Wohnung zu haben.

Jahresabschluß auf Ferdinandgrube. Wir haben das vergangene Jahr sehr wenig von der Ferdinandgrube geschrieben. Man möchte glauben, daß dort alles im Jahre 1931 rosig zuging. Das ist nicht der Fall. So wie auf allen anderen Gruben, so auch auf Ferdinandgrube haben die Arbeiter genug auszustehen gehabt und sind im neuen Jahre weiteren Schikanen auszustehen. Nur die Betriebsräte haben ihre Pflicht etwas vernachlässigt. Wir möchten nun etwas aus der traurigen Bilanz der Ferdinandgrube bringen. Im vergangenen Jahre gab es auf Ferdinandgrube nicht weniger als 58 Feierschichten, außer dem Hugoschacht, wo die Produktionskosten für eine Tonne Kohlen nur drei Zloty ausmachen. Dieser Flöz hat sich rentiert und die 41 Arbeiter auf demselben haben keine Feierschichten gehabt. Ferner gab es zu den vielen Feierschichten noch eine Menge von Strafen. Die meisten Strafen wurden wegen schlechter Füllung verhängt und es half kein Ausreden, die Strafen mußten bezahlt werden. Wer von den Antreibern die Kasten für schlecht gefüllt ansah, der muß wohl zu den richtigen Scharfmachern zählen, denn die Kasten waren so gut gefüllt, daß mitunter in den niedrigen Strecken abgeworfen werden mußte, wenn der Wagenstößer den Kasten vorwärts bringen wollte. Diese Strafen wurden aber deshalb von den Arbeitern erpreßt, weil die Verwaltung etwas für die Invaliden zu Weihnachten gegeben hat und aus ihrer Tasche gibt sie nichts her. Auch wurden auf Ferdinandgrube sehr viel organisierte Arbeiter im vergangenen Jahr entlassen und an ihre Stelle sogenannte „Spezialisten" aus Galizien angelegt. Der oberschlesische Bergmann ist in den Augen der vielen Ingenieure kein „Spezialist" mehr. „Spezialisten" können nur von Galizien importiert werden, die für billiges Geld arbeiten und nicht wissen, welche Rechte dem Arbeiter zustehen. Der Rest der oberschlesischen Arbeiter befürchtet nun, daß ihnen die letzten Rechte die sie erkämpft haben, durch die vielen „Spezialisten", die auf Ferdinandgrube angelegt wurden verlustig gehen werden. Zwar ist die Jahresbilanz des alten Jahres nicht lang, aber die Arbeiter hatten genug auszustehen. Eine Hoffnung, daß es im neuen Jahre den Arbeitern auf Ferdinandgrube besser gehen wird, besteht nicht. Nur einen Wunsch haben wir, daß uns die Betriebsräte mehr beistehen und den „Spezialisten" etwas Klassenbewußtsein einprägen möchten, damit dieselben wissen, was das bedeutet, einen Kampf um die Arbeiterrechte führen zu müssen. Den Antreibern möchten wir raten, nicht so viel Kasten zu kassieren, denn auch ihre Herrlichkeit als Antreiber wird nicht ewig dauern. Es kann möglich sein, daß im Laufe des Jahres auch mancher Antreiber entlassen wird.

*

Lohnraubverhandlungen im Bergbau gescheitert

Unerhörte Forderungen der Arbeitgeber — Die Arbeiterschaft soll die Kosten der verfehlten Wirtschaft tragen — 21 prozentiger Lohnabbau

Wie bereits berichtet, wurde durch den Arbeitgeberverband der bisherige Lohntarif im Bergbau gekündigt, um einen Lohnabbau zur Durchführung zu bringen. Im allgemeinen haben sich die Verhältnisse zu

Ungunsten der Arbeitnehmerschaft

geändert und nun glauben die Arbeitgeber leichtes Spiel zu Lohnreduzierungen zu haben. Hinzu kommt noch, daß seitens der Regierung bestimmte Zusagen gemacht wurden und so glaubt man den Kampf beginnen zu können.

Auf Grund dessen, fanden gestern die ersten Verhandlungen zwischen den Arbeitnehmergewerkschaften und den Arbeitgebern statt. Herr Tarnowski erklärte gleich zu Beginn der Verhandlungen,

daß ein Lohnabbau in Höhe von 21 v. H. in allen Positionen stattfinden muß.

Wie immer, wurde der Antrag mit der schlechten allgemeinen Lage und der großen Konkurrenz im Export begründet. U. a. erklärte Herr T., daß infolge des Pfundsturzes die Industrie 60 Millionen Zloty verloren hat und außer diesem mit 450 Millionen Zloty verschuldet ist. Ersparnisse wurden in der Verwaltung soweit es möglich war durchgeführt, eine weitere Möglichkeit ist nicht mehr vorhanden. (Wir werden dem Arbeitgeber demnächst Wege weisen, wo noch sehr viel zu sparen ist.) Der Export zu dem noch zugezahlt werden muß, ist unter allen Umständen aufrecht zu erhalten, da daran nicht nur der Arbeitnehmer,

sondern auch der Staat interessiert

ist. (Und weil der Staat daran interessiert ist, leistet er den Herren Kohlenbaronen beträchtliche Zuschüsse, wodurch, wie oben erwähnt, der Bergbau keine Verluste erleidet.) Um die Lohndefizite auszugleichen, ist der beantragte Lohnabbau erforderlich. Dadurch könnte eine Ersparnis in Höhe von

3 Millionen monatlich oder 36 Millionen jährlich

erzielt werden. Ferner unterstrich Herr T., daß der geforderte Lohnabbau der einzige Ausweg ist und der für die Arbeiterschaft nicht so schwer ins Gewicht fällt (?). Der Lebenshaltungsindex ist auf den Stand von 1926 gesunken. Er sprach die Hoffnung aus, daß die Gewerkschaften seine Ansichten teilen werden. Befremdend wirkt es, daß die Arbeitgeber den geforderten Lohnabbau bis zum 20. d. Mts. durchführen wollen.

Die Gewerkschaften, die auf eine solche Forderung von 21 v. H. nicht vorbereitet waren, da die erste Forderung 15 v. H. betrug, verlangten, daß ihnen die neue Forderung schriftlich mitgeteilt werden möge, wie es bis jetzt üblich gewesen ist. Ferner wurde der Antrag gestellt,

die kommenden Verhandlungen mit dem Dombrowaer Kohlenrevier gemeinsam zu führen,

da die Interessen die gleichen sind. Wie nicht anders zu erwarten war, schlug dieser Antrag bei den Arbeitgebern,

wie ein Blitz aus heiterem Himmel

ein und wurde von seiten dieser abgelehnt. Damit waren die Verhandlungen zum Scheitern gebracht und wurden bis zur nächsten Sitzung vertagt.

An eine friedliche Lösung dieses Lohnkonflikts ist nicht zu denken, es wird schon heute voraus gesehen, daß auch die nächsten Verhandlungen kein Ergebnis bringen werden. Die Einstellung des Schlichtungsausschusses ist dahin vorauszusehen, zumal schon ein Lohnabbau zugesichert worden ist.

Derselbe Kampf beginnt in allen Lohnrevieren und erwartet die Bergarbeiter dasselbe Los. Darum Bergarbeiter rüstet zum Kampfe, der unausbleiblich ist, denn es geht um eure Existenz, um euer Dasein. Hinein in die Klassenkampfgewerkschaften.

m.

Königshütte und Umgebung

Schwer Verdächtigter freigesprochen.

Unter dem Vorsitz des Gerichtsdirektors Gina wurde gestern vor der Königshütter Strafkammer, gegen den Dentisten Paul Wieder aus Königshütte verhandelt, dem von der Staatsanwaltschaft zur Last gelegt wurde, zum Schaden der Chorzower Stickstoffwerke höhere Rechnungen von der Krankenkasse eingefordert zu haben, als wie die ärztliche Arbeit an die Patienten geleistet wurde. Es sollte sich um Fälle handeln, die bereits in den Jahren 1928-29 zurücklagen. Die Anklage hatte ihren Ursprung in der Unterschleife, die sich der Kassenbeamte der Stickstoffwerke in Chorzow, Dombrowa, zum Schaden der Fabrikkrankenkasse zu Schulden hat kommen lassen. Die, zu der Verhandlung geladenen, 25 Zeugen, konnten nichts Belastendes aussagen, da sie ja auch nicht über die Verrechnung nicht Bescheid wußten. In mehreren Fällen, die dem Dentisten eine unrechtmäßige Handlung zur Last legten, befand sich ein Patient, der 1 Jahr in Behandlung des Dentisten stand, so daß er sich nicht mehr über die genauen Angaben der Behandlung erinnern konnte. Der Gerichtshof wurde von der Unschuld des Angeklagten überzeugt und sprach ihn, auf Kosten der Staatskasse, frei. In der Begründung wurde angeführt, daß die Verhandlung keine strafbare Handlung des Angeklagten ergeben habe und daß nur ungenaue Angaben der Patienten, während der Untersuchung den Prozeß bewirkt hätten.

m.

Keine verlängerte Geschäftszeit. Es wird mitgeteilt, das heute (Lohntag) die Geschäfte und Verkaufsstellen nicht länger offen gehalten werden dürfen und der Ladenschluß, wie üblich, zu erfolgen hat.

m.

Während der Fahrt bestohlen. Frau Marie Rybicki beauftragte den Fuhrmann Richard Gutfreund verschiedenes Gepäck nach dem Bahnhof zu befördern. Als sie selbst am Orte erschien, bemerkte sie das Fehlen eines Koffers, mit verschiedenen Garderobenstücken. Es wird angenommen, daß während der Fahrt Unbekannte den Handkoffer vom Wagen gestohlen haben. Der Schaden beläuft sich auf 1000 Zloty.

m.

Abholung von Ueberschüssen. Die, bei der am 7. und 8. Januar, stattgefundenen Versteigerung der Pfänder von Nr. 28 977 und 958 erzielten Ueberschüsse können, gegen Abgabe der Quittungen, in der Kasse des Pfandleihamtes, an der ulica Bytomska 19, während den Dienststunden in Empfang genommen werden.

m.

Myslowitz

20 kirchliche Vereine in Myslowitz.

Die Myslowitzer Konfraters brauchen sich gegen die schlechten Zeiten nicht zu beklagen. Die Arbeitslosigkeit bedroht sie nicht, im Gegenteil, sie haben immer mehr zu tun. Je größer die Arbeitslosigkeit umsomehr Arbeit hat der Magistrat und die Pfarrei. Der Magistrat deshalb, weil die Arbeitslosen registriert und unterstützt werden müssen, und die Pfarrei wieder deshalb, weil die halbverhungerten Menschen sich rechtzeitig durch Vermittelung des Geistlichen ein molliges Plätzchen im himmlischen Paradies sichern wollen. Kommt da ein halbverhungertes Weiberle, dem der Tod schon aus den Augen guckt, zu einem baumlangen Mann, der seine gute drei Zentner wiegt und bittet ihn um die Fürsprache beim lieben Gott, damit sie nach dem Tode glücklich werde. Der Konfrater verspricht, ja er kann das versprechen, weil ihn das nichts kostet und er kann um so sicherer versprechen, als die anderen ihm das alles glauben. Warum sollten sie auch nicht glauben? Aus allen Gebieten des polnischen Staates laufen fortwährend Nachrichten, daß die Leute einer alten Frau geglaubt haben, daß sie den Teufel aus dem Geistesgestörten austreiben kann, sie glauben einem Herrn Swienty und vielen anderen Wundertätern, weshalb sollen sie einem Geistlichen nicht glauben, der doch viel gescheiter ist als ein armer, dem Elend preisgegebener Schlucker, einem Geistlichen, der durch den Staat und Kapitalismus geschützt und unterstützt wird? Daher haben die Herrn Konfraters die Hände voll zu tun. Sie haben 1931 568 Kinder getauft, 227 Ehepaare getraut, 290 Tote beerdigt, 144 665 Kommunion erteilt und 7 reuige Schäflein auf den Schoß der alleinseligmachenden Kirche aufgenommen. Alles das haben 6 Konfraters bewältigt und dennoch finden sich Leute, die da meinen, daß die Geistlichen nichts tuen, daß sie faulenzen.

Das ist der Jahresbericht aus der Pfarrei, aber wir haben in Myslowitz noch einen Salesianer-Orden, der sehr rührig ist. Wieviel Mönche sich dort um den Seelenheil der Myslowitzer bemühen, läßt sich mit Bestimmtheit nicht sagen. Sie sehen im Gegensatz zu ihren Kollegen bei der Pfarrerei mager aus, und sind vom Trinkspiritus unterminiert, denn in den Kellerräumen, wo sie hausen sind viele hundert Liter Spiritus untergebracht. Deshalb veranstalten sie Feste fast an jedem Sonn- und Feiertag und die Myslowitzer pilgern dorthin in Scharen. Nach einigen Jahren werden auch die Herrn Pater nicht mehr mager aussehen, denn obwohl die Myslowitzer gegen schlechte Zeiten klagen, so haben sie noch immer so viel übrig daß es für alle Konfraters reicht, den Salesianer-Orden mit inbegriffen.

Freie Winterkohle für Arbeitslose. Der Myslowitzer Magistrat gibt bekannt, daß am Dienstag, den 19. d. Mts., im Zimmer 7 des Rathauses, eine Registrierung derjenigen Arbeitslosen erfolgt, die verheiratet sind, in der Evidenzliste der Arbeitslosen geführt werden und auf Zuweisung freier Winterkohle reflektieren. Für Arbeitslose, die Bons für freie Winterkohle erhalten haben und zwar im Dezember vorigen Jahres, besteht die Pflicht, sich erneut zu melden. Die Registrierung derjenigen, die bisher keine freie Winterkohle erhalten haben, erfolgt wie oben in nachstehender Reihenfolge: von 8—9 Buchstabe A—H, von 9—10 J—M, von 10—11 N—R, von 11—12 Buchstabe S—Z. Für die Registrierung ist der Arbeitslosenausweis, sowie die Verdienstausweise derjenigen Familienmitglieder mitzubringen, die noch beschäftigt sind. Wenn ein Familienmitglied des Arbeitslosen von anderwärts freie Deputatkohle erhält, kann ein Antrag auf Zuweisung der freien Winterkohle nicht gestellt werden. Spätere Anmeldungen werden nicht berücksichtigt, worauf besonders aufmerksam gemacht wird.

—h.

Janow. (Verlegung des Meldeamts.) Der hiesige Gemeindevorstand hat laut einem Aushang, die An- und Abmeldevorschriften, sowie der Todesfälle, insofern geändert, als infolge der Unterbringung des Polizeikommissariats im neuen Ratshause dies erforderlich war. Sämtliche Meldevorschriften werden nicht mehr von der Polizeimeldeabteilung, sondern im Zimmer 14 des Rathauses in der Zeit von 8—1 Uhr vormittags erledigt. Todesfälle und Bestattungen und Anträge auf Verkehrskarten, werden weiter wie bisher von der Polizeiabteilung durchgeführt werden.

Schwientochlowitz u. Umgebung

Die Friedenshütter Polizei gegen die Arbeitslosen.

Friedenshütte war vorgestern der Schauplatz von Tumultszenen, die eine furchtbare Verbitterung in den Kreisen der gesamten Bevölkerung hervorgerufen haben. Die Polizei, deren Verhalten in letzter Zeit als vorbildlich gewürdigt worden war, hat sich einmal vergessen.

Am Mittwoch, den 13. nachmittags gegen 1,45 Uhr, versammelten sich wie gewöhnlich in letzter Zeit die Arbeiter der Friedenshütte vor dem Verwaltungsgebäude, da es hieß, es würde eine Versammlung stattfinden, wobei auch der Hüttendirektor Absalon das Wort ergreifen wird. Diese Annahme erwies sich als ein leeres Gerücht. Die Arbeiter aber bewiesen weiterhin ihre bewunderungswürdige Haltung und warteten ruhig. Bald darauf torkelten zwei Betrunkene durch die Straßen, die durch ihr Geplärre und der laut nach Geld gerufenen Forderung das Gelächter der Umstehenden hervorriefen. Zwei Polizeibeamte waren bald zur Stelle und versuchten die Krakeeler aus der Menge heraus zu verhaften. Da die Menschen anfingen, unruhig zu murren und laute Rufe nach Brot laut wurden, ließen die Beamten von ihrem Vorhaben ab. Die Menge wurde ruhig, wartete weiter — es war wieder das alltäglich geschaute Bild in dieser Ortschaft. Plötzlich stürmte mit langen Schritten ein Polizeiaufgebot heran — bewaffnet mit Gummiknüppeln und Karabinern. Die Menge machte bereitwillig Platz. Dann begann die Säuberungsaktion. Ohne Grund. Plötzlich. Keine Hand hatte sich zum Widerstand erhoben. Keine Fensterscheibe hatte geklirrt. Keine beleidigenden Rufe waren laut geworden. Und die Polizei hieb zu. Wahllos, erbarmungslos. Ins Gesicht, auf die Schultern, wo sie nur trafen. Fluchtartig sausten die Tausenden von Menschen die Straßen entlang. Eine Straßenbahn sauste heran. Ein vielstimmiger Entsetzungsschrei durchzittert die Menge. Unter dem Trittbrett der Bahn, die von dem Führer im letzten Moment angehalten wurde, zieht man einen Flüchtenden, der zu Fall kam, hervor. Er taumelt, schwankt, und schon hagelten auf den Armen Gummiknüppel erbarmungslos hernieder, der nur wie durch ein Wunder dem sicheren Tode entrann. — Eine viertel Stunde dauerte die Menschenjagd. Längst war die Straße geräumt, da sah man immer wieder noch Menschen mit Knüppeln bearbeiten. Um 2½ traf auf einem Lastauto ein fremdes Polizeiaufgebot ein, trat aber nicht in Aktion. — Eine Stunde darauf sah man wieder Haufen von Menschen auf der Straße vor dem Verwaltungsgebäude. Frauen, Kinder und halbwüchsige Burschen. Die Kinder lärmten. Polizei patrouillierte unbeirrt und ohne einzugreifen weiter. — Das ist die Tragödie vom Mittwoch nachmittag. Es sind glücklicherweise keine Toten zu beklagen. Aber es gibt in Friedenshütte aufgeregte Menschen. Furchtbar kann sich dieser Schritt eines nervös gewordenen Polizeikommandanten auswirken. Wer hellhörig durch diese Ortschaft geht, empfindet Grauen vor der offen zur Schau getragenen Verbitterung.

Viele Versammlungen sind in Friedenshütte seit der Stillegung des Werkes schon abgehalten worden. Imposant wirkte stets die Ruhe und Besonnenheit, die von den Arbeitern dabei zur Schau getragen wurde. Die Arbeiterführer galten immer noch und hatten mit ihrer immerwährenden Aufforderung, Ruhe zu bewahren, Erfolg. Und nun geht man den ruhigen Friedenshütter Arbeitern zu Leibe.

Fünf Zloty haben die Arbeiter als Entgelt für geleistete Arbeiten im Monat Dezember bisher erhalten — die Angestellten sind noch vollkommen ohne Dezembergehalt, Pensionäre sind erst mit 50 Prozent für den Monat November ausgezahlt worden. Ganz Friedenshütte ist ohne Kohlen, Kaufleute pumpen nichts, mit Flaps aus den Suppenküchen ernähren sich die Menschen und in ungeheizten Wohnungen vegetieren sie dahin — das alles aber ist noch viel zu wenig. — Hiebe müssen sie noch dafür erhalten, weil sie Geld zu fordern haben.

Generalversammlung der Arbeiterwohlfahrt und Mitgliederversammlung der D. S. A. P. Bismarckhütte.

Am Dienstag hielt die Arbeiterwohlfahrt ihre Generalversammlung ab. Als Referenten waren die Genossin Kowoll und Genosse Matzke erschienen. Nach Begrüßung und Bekanntgabe der Tagesordnung, wurden das letzte Protokoll und der Kassenbericht abgegeben. Nachdem dem alten Vorstand Entlastung erteilt wurde, schritt man zur Neuwahl, wobei der alte Vorstand wieder gewählt ist. Nun folgten die Referate. Die Ausführungen beider Referenten waren sachlich und lehrreich. Das Schlußwort endete mit einem Mahnruf: einig und geschlossen den Kampf um ein besseres Morgen aufzunehmen. Um diesen Kampf zu bestehen, muß Mann und Frau die geistige Waffe in sich aufnehmen, sich bilden und schulen, sich mit der sozialistischen Gedankenwelt vertraut machen. Erst, wenn dies der Fall sein wird, dann kann das, auf Profit aufgebaute, kapitalistische System durch die sozialistische Planwirtschaft abgelöst werden und mit diesem Moment auch wieder Arbeit und Brot geben. Nach Eintritt einer Diskussion, sowie Punkt Verschiedenes, wobei einige Vereinsangelegenheiten erledigt wurden, schloß der Vorsitzende die gutbesuchte Versammlung.

Antonienhütte. (Blüten der Menschheit auf Hillebrandtgrube.) Die Knochenmühle Hillebrandt in Antonienhütte, kann auf ihre Antreiber stolz sein. Daß sich aber die Antreiber, so benehmen können, wie ein gewisser Osiepka Tobias, spottet schon jeder Beschreibung. Osiepka ist Aufseher in der Wetterabteilung und hat mehrere Arbeiter zu beaufsichtigen. Wie er zu diesem Posten kam, konnten die Arbeiter nicht begreifen. Nun wissen sie was O. für ein Mensch ist, denn sie bekommen alle Tage von seiner Intelligenz genug zu hören. O. ist noch ein junger Mensch und beschimpft alte Arbeiter mit Idioten Z . . . D . . . und anderen Schimpfausdrücken. Die Arbeiter trauen sich aber nicht, dem famosen Aufseher auf seine Schimpfworte zu reagieren, denn sie haben Angst vor Entlassung. Die Arbeiter wissen, daß, wenn sie gegen das Schimpfen was unternehmen, vom Aufseher denunziert werden und bei der nächsten Entlassung an die Reihe kommen. So schweigen sie lieber und lassen alles über sich ergehen. Eine zweite Blüte dieser Sorte ist der Maurerpolier Sdrallek von derselben Grube. Auch Sdrallek kann mit unangenehmen Kosenamen nicht sparsam umgehen. Vom S. werden alte Arbeiter, die gezwungen sind eine Brille zu tragen, mit blinden Idioten beschimpft. Wirklich wahr, das sind herrliche Antreiber auf der Hillebrandtgrube. Wie lange sie mit den Arbeitern auf eine solche Art verfahren werden, ist nicht gesagt, denn die Arbeiter werden schon ungeduldig und wollen endlich protestieren. Es wäre sehr angebracht, wenn die Betriebsleitung der Hillebrandtgrube die beiden Blüten durch andere Aufseher ersetzen möchte, die mit Arbeitern wie mit Menschen umgehen werden. Das, was die beiden tun, ist wirklich nicht menschlich. Wir wollen nun hoffen, daß unsere Mahnung erhört wird, denn sonst müßten wir noch andere Worte sprechen. *

Bismarckhütte. (Tätigkeit des Arbeitslosenhilfskomitee.) Das im Orte eingesetzte Arbeitslosenhilfskomitee, das sich zur Aufgabe machte, die Armen und Bedürftigen vom Hunger zu retten, hat aus der Armenküche 329 117 Portionen an die Armen im Jahre 1931 verabreicht. An Einnahmen von 68 144.04 Zloty sind 64 397.70 Zloty verausgabt worden, so daß am Ende des Jahres 1931 ein Kassenbestand von 3764,34 Zloty vorhanden war. Die Gelder die zu Händen des Rettungswerks eingingen, setzen sich aus folgenden Spenden zusammen. Von den Angestellten der Bismarckhütte 11 630.30 Zloty, die Bismarckhütter Verwaltung 9725 Zl., von der Gemeinde 13 200 Zl., vom Kreiskomitee 14 745 Zl. Durch Sammlung in den Häusern 3 109 75 Zloty. Durch Sammlung in den Straßen 839.88 Zloty. Sammlung in der Kirche 1 521.50 Zloty. Durch Gemeindebamten 789 10 Zloty. Hausbesitzer 100 Zl. Kammlung durch die Angestellten der Koksanstalt 474 90 Zl. Für verkaufte Bons 1314 Zloty. Für verabfolgte Mittagessen 3 287 30 Zloty. Sammlung bei den Kaufleuten und Aerzten 3117 Zloty. Für Steuerkarten 220 Zloty. Von Arbeitern 63,40 Zloty. Marktgelder 1146 Zloty.

Pleß und Umgebung

Unfall eines Radlers. Auf der Chaussee nach Wyrek kam es zwischen dem Radfahrer Alois Kurpas aus der gleichen Ortschaft und dem Fuhrwerk des Thomas Kontny zu einem Zusammenprall. Der Radler wurde durch den wuchtigen Aufprall zu Boden geschleudert und erlitt erhebliche Verletzungen. Nach den inzwischen eingeleiteten polizeilichen Feststellungen wollte der Radler dem Fuhrwerk ausweichen. Hierbei kam der Radler mit seinem Rade ins Schleudern und prallte gegen das Fuhrwerk. x.

Rybnik und Umgebung

Tödlicher Sturz eines Redakteurs. Im Korridor des Hauses 48 auf der ulica 3-go Maja in Rybnik wurde der 71 jährige Redakteur Felix Garus aus Rybnik, tot aufgefunden und nach der Leichenhalle des Rybniker Spitals geschafft. Nach dem ärztlichen Gutachten ist der Tod infolge Herzschlag oder aber Gehirnschlag eingetreten. Die polizeilichen Feststellungen ergaben, daß Garus in den Abendstunden des fraglichen Tages von einem Besuch von seinen Verwandten zurückkehrte und unterwegs nach seiner Wohnung über einen Stein stolperte. Durch den Aufprall soll Garus sehr schwere Verletzungen erlitten haben. G. war Redakteur beim „Generalanzeiger für Schlesien und Polen“. x.

Knurow. (An der Türklinke erhängt aufgefunden.) In seiner Wohnung in Knurow, verübte der 55-jährige Grubeninvalide Franz Dusz Selbstmord, indem er sich an der Küchentürklinke erhängte. Der Tote wurde in die Leichenhalle des dortigen Krankenhauses geschafft. Nach den polizeilichen Feststellungen soll D. an dem kritischen Tage betrunken gewesen sein. Der eigentliche Beweggrund zu dieser unseligen Tat ist bis jetzt nicht festgestellt. x.

Tarnowitz und Umgebung

Der Tote im Chausseegraben.

Im Chausseegraben, und zwar in der Nähe des Wäldchens in der Gemeinde Pniow, wurde die Leiche eines etwa 50jährigen Mannes aufgefunden und von der Gerichtsbehörde beschlagnahmt. Bei dem Toten wurden keine Dokumente vorgefunden, welche auf die Identität desselben schließen lassen würden. Der Unbekannte ist etwa 1,75 Zentimeter groß. Personen, welche über die Personalien des Toten irgendwelche Angaben machen können, werden ersucht, sich unverzüglich bei der nächsten Polizeistelle zu melden. x.

Alt-Hechlau. (4000 Zloty Brandschaden.) Auf dem Bodenraum des Hauses der Gertrud Pole in der Ortschaft Alt-Hechlau, Kreis Tarnowitz, brach Feuer aus. Das Dach, sowie verschiedene Geräte, im Werte von zusammen 4 000 Zloty, wurden durch das Feuer vernichtet. Nach den polizeilichen Angaben soll die Geschädigte bei einer Feuerversicherungsgesellschaft mit 6 000 Zloty versichert sein. Die Brandursache steht z. Zt. nicht fest. x.

Orzech. (Lichtsteuer wenn man auch keins hat.) Vor ungefähr zwei Jahren hat sich die Gemeinde Orzech modernisiert und elektrisches Licht in das Dorf eingeführt. Dasselbe kostete aber viel Geld und wurde bis heute noch nicht bezahlt. Die Gemeinde hat aber eine Wohnungs- und Lichtsteuer den Bürgern aufgepelzt, um die Elektrizitätsanleihe zu amortisieren. Gegen eine Steuer hätten die Bürger nichts einzuwenden, wenn dieselbe etwas gerecht wäre. In Orzech sind aber Leute, die kein elektrisches Licht im Hause haben, sondern mit einer Petroleumfunzel brennen, weil es nicht reicht, elektrisches Licht einziehen zu lassen. Zu diesen Leuten kommt der Gemeindeexekutor und verlangt die Lichtsteuer. Dieser Tage kam er auch zu der alten Invalidenfamilie Sokolowski und verlangt 50 Zloty Steuern. Sokolowski hat kein Licht, sein Häuschen, welches er mit Mühe und Not erworben hat, könnte man mit einer „Betlejka“ vergleichen. In dieser „Betlejka“ fristen ein 67 Jahre alter Invalide mit einer eben so alten Frau und drei arbeitslosen Söhnen ihr Leben. Der Invalide erhält keine Rente trotz der 20 Quittungskarten die er im Laufe seiner Arbeitsjahre geklebt hat. Die Söhne erhalten keine Unterstützung, weil die Eltern ein Haus besitzen. Winterkartoffeln gab es auch nicht. Hätten die Söhne nicht welche auf den Gutsfeldern zusammengeklaubt, so stand die Familie ohne Winterkartoffeln da. Der Gemeindeexekutor wird noch beim Einziehen der Steuer mitunter grob. Zu Sokolowski sagte er, das ist nicht so einfach in unserer Gemeinde zu wohnen und keine Steuern zu zahlen. S. sollte dort bleiben wo er war. Gerade so, als wenn Königshütte von wo S. zugezogen kam, irgendwo bei Lemberg wäre. Einer solchen Familie könnten die Behörden die Steuer schon erlassen, wenn sie sehen, daß sie kein Geld zum leben hat. *

Dr. med. Elisabeth Degeener

Roman von Marlise Sonneborn

20)

Der andere lehnte sich behaglich wieder zurück.

„Es war mehr Ueberraschung als Höflichkeit. Wo in aller Welt kommst du her?“

„Woher? Aus Essen!“

„Deine Frau holen?“

„Nach ihr sehen. Sie hat sich erholt. Und du?“

„Aber gleichfalls! Das siehst du doch?“

War Ley denn vorher wirklich noch elender, der arme Kerl?, fragte sich Lasar nachdenklich.

„Ich kannte dich blühender — vor dem Malheur.“

Ueber Leys Gesicht glitt ein Schatten.

„Es wird ja bald wieder das Alte sein“, lenkte Lasar nun ein.

„Mit dem Sport — das ist vorbei. Und damit manches andere.“

„Werner, nur keine Sorgen. Du hast Freunde. Einer steht neben dir.“

„Ich wollte, er setzte sich,“ sagte Werner bittend. „Ach, Alfred — Freund? Nun doch schon mehr Wohltäter.“

„Mensch! Um Gottes willen, rede nicht so!“

„Es ist die Wahrheit.“

„Ein kleiner Freundschaftsdienst . . .“

Ley lächelte bitter.

„Glaub nicht, daß ich undankbar bin. Aber Wohltat bedrückt.“

„Ich bitte dich, fasse das nicht so auf, Werner! Du beschämst mich.“

„Du warst immer ein feiner Charakter.“

Lasar winkte ab — verlegen, behindert.

Einen Augenblick schwiegen sie beide.

„Uebrigens,“ begann Lasar dann nicht ohne Verlegenheit. Ich habe meinesteils nun auch eine Bitte an dich.“

Er brachte sein Anliegen vor.

Werner hatte Knackes noch nicht gesehen.

Ich muß ja ohnehin, dachte er traurig, wenn er bittet. Die Kette klirrt — vielleicht war es auch gar nicht so schlimm. Dunkel entsann er sich eines Bildes, das Alander gezeigt.

„Gern!“ sagte er mechanisch. „Und wann befiehlt deine Frau?“

„Ich fürchte — bald. Sie war schon in Toilette.“

Ley erhob sich. Die Freunde schritten nebeneinander die Pfade entlang, die zum Sanatorium führten.

„Läßt du das alles so liegen?“ fragte der ordnungsliebende Lasar und deutete auf die Decken und den Liegestuhl.

„Den Stuhl holt einer der Diener,“ lächelte Werner Ley. „Und meine Decken? Ich habe hier einen treuen, kleinen Schutzgeist gefunden, der es sich nicht nehmen läßt, mir diesen Dienst zu erweisen; sonst würde ich sie allerdings selbst ins Haus tragen!“

„Einen Schutzgeist? Sieh mal einer an. Also eine Verehrerin?“

Werner Ley lächelte.

„Ein Kind,“ sagte er. „Noch nicht ganz dreizehn Jahre ist es alt.“

„Eine Kranke.“

Werner nickte.

„Eine hoffnungslose, sagte mir einer der Aerzte.“

„Ein Mädchen?“

„Ein wunderschönes Kind. Eine Art Pflegetochter des Chefarztes. Sie heißt Gisela. Ich habe sie Mignon getauft. Sie hört so gern, wenn ich ihr von ihrer Namensschwester erzähle. Freilich — das traurige Ende unterschlage ich.“

„Diese kranken Kinder sind sehr frühreif.“

Werner zuckte mit den Achseln.

„Gisela kaum. Sie ist doch wohl das reinste Kind. Erziehung, weißt du, macht manches.“

„Sieh da, Antony. Gott — und diese Gäste wollte sie spazieren führen? Nein, Werner, das möchte ich dir nicht zumuten.“

Antony Lasar schritt neben den drei Knackes wie eine Elfe neben handfesten Gnomen. Sie wußte, wie sie wirken mußte, zart, elegant — graziös wie sie war — neben diesen Menschen. Sie hatte diese Wirkung beabsichtigt — wegen ihres Gatten, ja, aber mehr noch Alanders wegen. Sie fand diesen saft- und kraftstrotzenden Recken zu schade für das „stießelige Reklamemädchen“, wie sie Adelgunde wegen ihrer Aehnlichkeit mit dem „Ramamädchen“ nannte. Sie plante eine reizvole Entgötterung dieser unpoetischen Göttin vom Lande. Alander sollte sehen, daß es auch noch andere Möglichkeiten für ihn gab. Und sie konnte mit Mephisto, den sie allerdings nur vom Hörensagen kannte, sprechen: „Hab' ich doch meine Freude dran . . .

Alander war noch nicht aufgetaucht, und so kamen ihr die beiden Herren dort etwas zu früh in den Weg. Sie stellte Ley vor. Antony Lasar hatte bereits erzählt, daß Ley sie vertreten würde. „Ein reizender und interessanter junger Herr.“

„Na, na! Doch keine Gefahr für die Gunde?“

„Aber, gnädige Frau — mit Doktor Alander verglichen . . .“

Frau Knacke musterte mißtrauisch die liebenswürdige Dame. Die würde doch Alander nicht etwa den Kopf verdrehen. Die Art, wie sie von ihm sprach! Und Augen machte sie jedem — sogar ihrem Knacke, an dem doch wirklich nicht mehr viel war. Gut, daß man nur ein paar Tage hierbliebe. Dem wurde ja keine gefährlich. Frau Knacke musterte Ley mit einigem Vorurteil. Aber ihr Instinkt — der untrügliche Instinkt einer unverbildeten Frau — sagte ihr sofort: der ist ungefährlich.

Auch Lasar gefiel ihr.

So ein ernster Mann, sagte sie sich, und diese aufgeregte Person!

„Also Sie wollen die gnädige Frau vertreten?“ dröhnte Knacke Werner an. „Na, kein schlechter Tausch vom Standpunkt meiner Damen aus. Kommen Sie man gern mit. Es soll mir auf ein paar Schoppen nicht ankommen.“

„Herr Ley ist Sportler — und also Antialkoholiker,“ sagte Lasar unwillkürlich, als müsse er den Freund vor der rohen Zudringlichkeit dieses derben Landmannes schützen. Knacke lachte dröhnend. „Und so etwas nennt sich Mann?!“

Frau Knacke mischte sich ein. Auch sie verfiel sofort Leys Reiz. „Da geben Sie man nichts drauf, was der schon redet. Dem gerade wärs besser, er ließe Flasche Flasche sein. Ich sag es ihm immer und immer wieder: Knacke, sage ich, du kriegst noch mal 'nen Schlag.“

„Freu dich doch, Alte — dann bist du mich los.“

„Ich denke, wenn die Herrschaften mich als Führer genehmigen, wir machen uns auf,“ sagte Ley mit ruhiger Entschlossenheit.

„Bist du aber auch wohl genug?“ fragte Lasar seinen Freund, in der Absicht, ihm einen Rückzug zu ermöglichen.

„Ach du,“ lachte Antony dazwischen. „Herr Ley geht oft genug aus.“

„Können wir nicht ein bißchen auf dem See fahren?“ ergriff Adelgunde das Wort. Sie hatte bisher stumm und ungeschickt dabeigestanden. Jetzt waren alle überrascht, wie angenehm und weich ihre Stimme klang — eine dunkle Altstimme, die das dörfliche Deutsch ihrer Worte vergessen machte. (Forts. folgt.)

Bielitz, Biala und Umgegend

Bielitz und Umgebung

Kommunistische Kampfesweise.

Einige Fanatiker, die für gute Bezahlung sich als große Kommunisten schimpfen lassen, haben wieder ein Flugblatt verbreitet, worin vom Kampf um Arbeit, Brot, Freiheit usw. sehr viel geschrieben wird. Daß die Lage der Arbeitslosen speziell derjenigen, die keine Unterstützung erhalten, eine verzweifelte ist, davon haben wir schon lange berichtet. Auch daß die Unterstützung auf den Landgemeinden keine nennenswerte ist, haben doch nicht erst die Kommunisten entdeckt. Daß den Arbeitslosen auf den Landgemeinden und auch in der Stadt mit Lebensmitteln ausgeholfen wird, ist auch nicht ein Verdienst dieser sogenannten Kommunisten. Die Sozialisten sind es auch, die sich bei jeder Gelegenheit und an jedem Ort dafür tapfer einsetzen, daß den Arbeitslosen in Stadt und Land ausgiebigere Unterstützungen gewährt werden. Daß diese Unterstützungen nicht reichlicher ausfallen, ist doch nicht die Schuld der Sozialisten, denn diese sind doch nicht in der Regierung! Hätten die Kommunisten bei den Wahlen das Volk lieber aufgeklärt, daß die Arbeiterwähler Arbeitervertretern ihre Stimme gegeben hätten, dann brauchte die Lage der Arbeitslosen heute keine so schlechte zu sein. Bei den Wahlen wurde nur auf die Sozialisten geschimpft. Damit wurde nur soviel erreicht, daß man den Faschisten in Polen in den Sattel geholfen hat! Jetzt jammern die Kommunisten und erklären, daß sie mit nichts einverstanden sind.

Wie ehrlich es diese Demagogen mit den Forderungen für die Arbeiter meinen, geht am besten daraus hervor, daß sie den Kampf um die aufgestellten Postulate ohne die Führer der Sozialisten führen wollen! Was fürchten sie denn diese Führer, die sie doch bei jeder Gelegenheit Sozialfaschisten beschimpfen! Die Führer sind doch auch gewählte Vertrauensmänner von organisierten Arbeitern. Auf die sozialistischen Führer wird gehetzt und geschimpft und die Kommunisten befolgen wieder die Weisungen der Generäle aus Moskau!

Die Arbeitslosen benötigen wirkliche Hilfe, die sie aber dann erreichen können, wenn sie sich nicht von gewissenlosen Demagogen irreführen und zersplittern lassen werden. Die Arbeiterschaft hat schon genug Opfer gebracht, darum ist es ein Verbrechen, dieselbe aufzuputschen und zu Unüberlegtheiten zu hetzen, wobei nur gänzlich nutzlose Opfer fallen würden.

Eine planmäßige und zielsichere Aufklärungsarbeit — Einsetzen aller Kräfte zu geeigneter Zeit und konsequentes Handeln in jeder Beziehung — das wird der Arbeiterschaft viel mehr helfen, als das viele Gerede, Geschreibe und das Hinausposaunen von demagogischen Phrasen und Schlagworten!

Arbeiter hütet euch vor diesen falschen Propheten!

Stadttheater Bielitz.

Freitag, den 15. d. M., abends 8 Uhr, im Abonnement (Serie rot) zum erstenmal Ibsens Winterstück und Greisestragödie, „John Gabriel Borkman". Dieses Schauspiel ist vielfach verknüpft und verästelt mit früheren Dichtungen. Die Verantwortung ist über unserem Leben, sagt Ibsen, „John Gabriel Borkman" ist ganz das Drama verjährter, plötzlich heraufsteigender Schuld. John Gabriel hat sich über das Gesetz gestellt, wie Bernik, Roßnar und Solneß hatte der selbstsüchtige Empörkömmling einen sozialen Hintergedanken oder er hat ihn wenigstens in den Gemütsstimmungen seines tiefen Falls. Es kommt nicht ans Ziel, weil er an seiner Kraft und Berufung zu zweifeln anfängt. Doch gleich Allmers gelangt auch er durch das „Gesetz der Wandlung" zu einer inneren Erlösung.

Um vielen Wünschen entgegen zu kommen, findet Samstag, den 16. d. Mts., abends 8 Uhr, außer Abonnement, eine letzte Aufführung von „3 mal Hochzeit", der große Erfolg zu billigen Preisen!

Sonntag, den 17. d. Mts., abends 8 Uhr, außer Abonnement, „Der Königsleutnant", Lustspiel von Gutzkow, ebenfalls als billige Vorstellung.

Kundmachung. Es wurde amtlich festgestellt, daß einige Gewerbetreibende und Kaufleute sich zur äußeren Bezeichnung ihrer Betriebsstätte bezw. Verkaufsgeschäfte sowie in öffentlichen Ankündigungen des verkürzten Vornamens oder einer Firma bedienen, ohne hierzu durch bereits erfolgte Eintragung in das Handelsregister berechtigt zu sein. Das Bürgermeisteramt macht aufmerksam, daß jeder Gewerbetreibende verpflichtet ist, sich einer entsprechenden äußeren Bezeichnung auf seiner festen Betriebsstätte oder seiner Wohnung zu bedienen und zwar genau nach dem Wortlaute des vom Bürgermeisteramt ausgestellten Gewerbescheines nicht aber nach dem Wortlaute des Gewerbepatentes oder nach eigenem Gutdenken. Das Bürgermeisteramt fordert daher alle in Betracht kommenden Gewerbetreibende auf, binnen 14 Tagen ihr Schild und die Zirkulare genau nach diesen Vorschriften richtigzustellen, widrigenfalls gegen Zuwiderhandelnde die Strafamtshandlung eingeleitet werden müßte. — Der Bürgermeister.

50 000 Selbstmorde in Europa.

Im Jahre 1930 ist die Zahl der Selbstmorde in Europa stark angestiegen. Der Grund hierfür ist natürlich in erster Linie in den schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen und der Arbeitsnot zu suchen. Nach einer internationalen Statistik soll die Zahl der Selbstmorde in Europa im letzten Jahre rund 50 000 betragen haben. An erster Stelle in dieser Selbstmörderstatistik steht Deutschland, wo sich durchschnittlich 44 Selbstmorde täglich ereigneten. Insgesamt betrug die Zahl der Selbstmorde in Deutschland im Jahre 1930 über 15 000. In der Tschechoslowakei nahmen sich über 3000 Personen das Leben.

Abrüstungsforderungen der Sozialistischen- und Gewerkschafts-Internationale

Die Sozialistische Arbeiter-Internationale und der Internationale Gewerkschaftsbund haben ein gemeinsames Programm der Forderungen an die Abrüstungskonferenz des Völkerbundes ausgearbeitet. Auf dem Wiener Kongreß der Sozialistischen Arbeiter-Internationale wurde eine Zusatzresolution zur Frage der Seeabrüstung beschlossen, die seither auch die Zustimmung des Internationalen Gewerkschaftsbundes gefunden hat und in das Programm eingefügt wird. Das gemeinsame Programm der Sozialistischen Arbeiter-Internationale und des Internationalen Gewerkschaftsbundes lautet daher in seiner endgültigen Form wie folgt:

Der Internationale Gewerkschaftsbund und die Sozialistische Arbeiter-Internationale bringen erneut zum Ausdruck, daß alle materiellen und moralischen Kräfte, alle Aktionsmittel des Proletariats im Dienste des Friedens stehen.

Indem das Proletariat gegen den Kapitalismus kämpft, der den Keim des Krieges in sich trägt, indem es für den Ausbau einer neuen Gesellschaftsordnung wirkt, in der es keinen Klassengegensatz gibt, bereitet es die vollständigste, die endgültige Verwirklichung des Friedens vor. Aber außerdem bemüht sich die Arbeiterbewegung stets, die Keime des Friedens zu entwickeln, die schon in der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung vorhanden sind. Stets hat sie alle Formen der wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit zwischen den Völkern gefördert. Sie hat stets für den Ausbau des Schiedsgerichtswesens, der internationalen Gerichtsbarkeit und aller Formen friedlicher Regelung internationaler Konflikte gekämpft und wird es auch in Zukunft tun. Aber der Internationale Gewerkschaftsbund und die Sozialistische Arbeiter-Internationale haben niemals außer acht gelassen, daß die Abrüstung ein wesentliches, unentbehrliches Element dieser friedlichen Ordnung selbst darstellt, daß ohne die Abrüstung alles andere ergebnislos sein müßte. Die Stunde ist gekommen, diese Tatsache den Regierungen, die sie zu vergessen scheinen, nachdrücklich in Erinnerung zu bringen.

Die Abrüstung ist den Völkern wiederholt und in der bestimmtesten und feierlichsten Weise versprochen worden. Wenn im Kellogg-Pakt mehr erblickt werden soll als der leere Ausdruck eines kraftlosen Wunsches, so muß ihm selbstverständlich die Abrüstung folgen. Der Artikel 8 der Völkerbundsatzung enthält eine unzweideutige Verpflichtung zur Herabsetzung der Rüstungen. Wenn die Friedensverträge die Abrüstungen der besiegten Länder vorsehen, so nach ihrem Text selbst, um die „allgemeine Rüstungsbeschränkung aller Nationen einzuleiten". Seit mehr als zehn Jahren hat der Völkerbund, haben unzählige Komitees Studien auf Studien gehäuft, man hat die Welt zu sehr langem Warten gezwungen; die Regierungen mögen wissen, daß diese ständigen Verzögerungen schließlich die Geduld der Massen erschöpft haben. Heute, da die Abrüstungskonferenz einberufen ist, hüte man sich, die Hoffnungen, die die Einberufung hervorrief, noch einmal zu enttäuschen. Wenn die Konferenz neuerdings vertagt werden oder wenn sie nicht zu konkreten und entscheidenden Resultaten führen sollte, müßte man diesen Bankerott feststellen. Die Arbeiterbewegung müßte daraus ihre Lehre ziehen und ihre Aktion dementsprechend einrichten.

Der Internationale Gewerkschaftsbund und die Sozialistische Arbeiter-Internationale erklären:

1. Das System der Abrüstung kann stabil und endgültig nur auf der Gleichheit der Rechte und der Pflichten begründet werden. Nichts wäre für den Frieden verderblicher, als die Siegervölker und die besiegten Völker auf die Dauer nach verschiedenem Recht behandeln zu wollen. Der Internationale Gewerkschaftsbund und die Sozialistische Arbeiter-Internationale verlangen, daß schon bei der Konferenz von 1932 ein entscheidender Schritt zur Gleichheit gemacht werde.

2. Man darf nicht daran denken, die Gleichheit durch die Wiederaufrichtung der auf Grund der Friedensverträge entwaffneten Länder herzustellen. Der Abrüstungsvertrag darf nicht die Gelegenheit zu einer Aufrüstung irgendwelcher Art bieten. Er darf aber auch nicht eine Stabilisierung der Rüstungen bedeuten, die von der Arbeiterklasse als eine Herausforderung angesehen werden würde. Der Internationale Gewerkschaftsbund und die Sozialistische Arbeiter-Internationale verlangen eine wesentliche, sofortige und allgemeine Herabsetzung der Rüstungen.

3. Diese Herabsetzung muß sich auf alle Rüstungselemente erstrecken. Sie muß die Friedensstände, die Dienstzeit, die mobilisierbaren Reserven, alle Arten militärischer Ausgaben, die Befestigungen, Waffen und Munition für die Streitkräfte zu Lande und zu Wasser betreffen.

Es ist notwendig, eine wesentliche Herabsetzung und eine allgemeine und genaue Beschränkung aller Streitkräfte zur See durchzuführen.

Außerdem und ganz besonders sollte die von der Abrüstungskonferenz auszuarbeitende Konvention die geeigneten Maßnahmen vorsehen, um die vollständige Beseitigung aller Kriegsschiffe von mehr als 10 000 Tonnen, der Flugzeugmutterschiffe und der Unterseeboote herbeizuführen, mit solchen Anpassungsmaßnahmen, als angesichts der neuen Formen und der Furchtbarkeit der Rüstungen notwendig erscheinen können. Es wird vorausgesetzt, daß die vorgeschlagenen Lösungen zu einer Gesamtheit verbunden sind.

Das Verbot der chemischen und bakteriologischen Rüstungen muß bestätigt und wirksam gestaltet werden.

Die Luftflotten sind unverzüglich zu beseitigen. Sie dürfen in der Konvention, die das Resultat der Abrüstungskonferenz sein wird, nicht Bestandteil der noch erlaubten Streitkräfte der Landesverteidigung sein.

Es ist eine strenge Kontrolle der Bautätigkeit der zivilen Flugschiffahrt (Handels- und Reiseflugschiffahrt) einzuführen. Die Flugschiffahrtslinien sind zu internationalisieren.

4. Um die Beachtung der allgemeinen Konvention, die abgeschlossen werden soll, zu sichern, muß unbedingt, unabhängig von der nationalen Kontrolle in den verschiedenen Ländern, die die Demokratie allein ermöglicht, eine strenge internationale Kontrolle eingeführt werden, die zugleich die Militärausgaben, die Rüstungen, die öffentliche und private Waffen- und Munitionserzeugung und den internationalen Waffenhandel zu überwachen hat. Sie soll das durch die Friedensverträge aufgerichtete Kontrollsystem ersetzen. Sie soll auf alle Nationen gleichmäßig Anwendung finden. Die Konvention muß den Staaten verbieten, die Aufdeckung von Verletzungen der Konvention als Verbrechen zu behandeln.

5. Wenn diese ersten Maßnahmen durchgeführt sind, gilt es, das Werk der Abrüstung fortzusetzen, bis es zu seinem Abschluß gekommen ist, d. h. bis auf der ganzen Erde jegliche Vorbereitung zum Krieg verschwunden ist.

Zu diesem Zweck wird ein ständiger, internationaler Abrüstungsorganismus geschaffen werden müssen, mit Konferenzen, die sich in regelmäßigen und kurzen Zeitabständen versammeln, um jedesmal die neuen Abrüstungsmaßnahmen festzulegen, die im Laufe der nächsten Periode durchgeführt werden sollen.

An alle Industrie- und Handelsangestellten! Die seit vielen Jahren herrschende Krise wütet ungeschwächt weiter. Zahllose Angestellte sind arbeitslos, viele von ihnen erhalten keine Unterstützung mehr. Die noch in Arbeit Stehenden leben in ständiger Angst vor der Entlassung. Die Bezüge werden rapid gekürzt. Verträge für die Angestellten bestehen fast nicht mehr. Die sozialen Gesetze werden in vielen Fällen seitens der Unternehmer nicht eingehalten. Die Angestellten müssen durch ihre Organisation trachten, daß sie nicht ganz untergehen. Um über die Mittel und Wege zu beraten, die zur Besserung der Lage führen könnten, beruft der Verband der Industrie und Privatangestellten Ostschlesiens für Sonntag, den 17. Jänner 1932, um 10 Uhr vormittags, im kleinen Saale der Schießstätte eine öffentliche Versammlung aller Angestellten ein, bei welcher Kam. Lakenbacher, Sekretär der Privatangestellten aus Wien, über das Thema: „Der Angestellte in der Wirtschaftsentwicklung" sprechen wird. Angestellte ohne Unterschied der Partei oder Gewerkschaftszugehörigkeit, erscheint massenhaft zur Versammlung! Schaffet eine Einheitsfront! Kämpfet standhaft für Eure Rechte! Werdet Mitglieder des kampferprobten Verbandes der Industrie- und Privatangestellten Ostschlesiens, Bielsko, Republikanska 6.

Wo die Pflicht ruft!"

Naturfreundefest beim „Patrioten". Das diesjährige Naturfreundefest findet am Samstag, den 16. Jänner in den beliebten Lokalitäten „Zum Patrioten" in Alexanderfeld statt, wozu alle Freunde und Gönner der Naturfreunde auf das herzlichste eingeladen werden. — Beginn 8 Uhr abends. — Entree im Vorverkauf 1,20 Zl. und an der Kasse 1,50 Zl. Musik: Streichorchester. Ein rühriges Festkomitee ist an der Arbeit, dieses Fest so gemütlich als nur möglich zu gestalten, damit es sich würdig an die vorherigen anschließt und verspricht die Festleitung allen Gästen einen genußreichen Abend. Daher am Samstag, den 16. Jänner zum Naturfreundefest beim „Patrioten".

Frauenversammlung. Am Dienstag, d. 19. d. Mts., findet um 7 Uhr abends im Arbeiterheim eine Frauenversammlung statt, wozu alle Mitglieder der Frauenorganisation eingeladen werden.

Naturfreunde Ortsgruppe Bielsko. Donnerstag, den 21. Januar, 6 Uhr abends, im Restaurant „Tivoli" sehr dringende Vorstandssitzung. Die Vorstandsmitglieder werden ersucht bestimmt zu erscheinen. Der Obmann.

Arbeiter-Abstinentenbund Bielitz. Mittwoch, den 20. d. M. findet um ½7 Uhr abends im Lokal der Arbeiter-Kinderfreunde eine Mitgliederversammlung des Arbeiter-Abstinentenbundes statt. Gäste willkommen.

Altbielitz. (Voranzeige.) Am 16. Jänner 1932 veranstaltet der Arbeiter-Gesangverein „Gleichheit" in Altbielitz im Gasthaus des Herrn Andreas Schubert einen Maskenball, wozu alle Gönner und Freunde des Vereins auf das herzlichste eingeladen werden. Die Brudervereine werden ersucht, diesen Tag freizuhalten.

Altbielitz. Am Donnerstag, den 21. d. Mt., findet um 7 Uhr abends im Gasthaus des Andr. Schubert die fällige Vorstandssitzung des sozialdem. Wahlvereins „Vorwärts" statt. Vorstandsmitglieder erscheint alle!

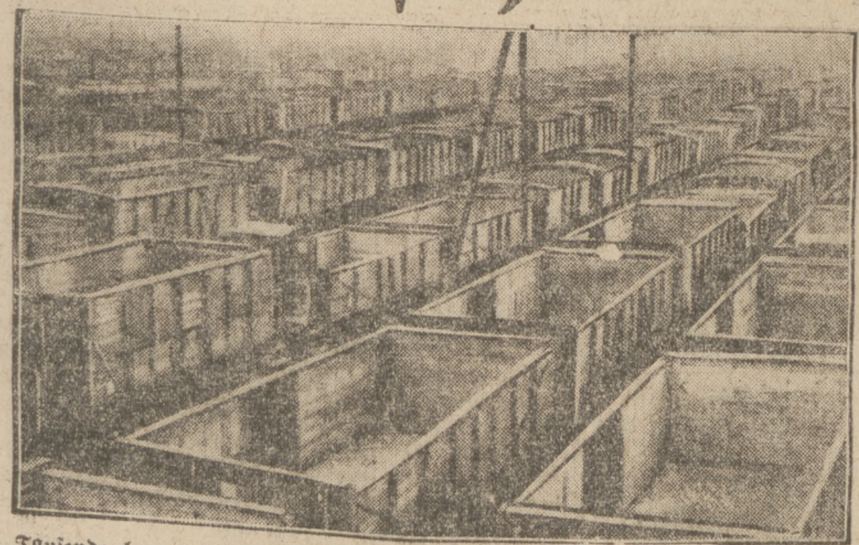
A. G. V. „Einigkeit" Alexanderfeld. Genannter Verein veranstaltet am Samstag, den 30. Januar l. J. im Gasthaus „Zum Patrioten" in Alexanderfeld, einen großen Maskenball, zu welchem alle Freunde und Sympathiker dieses Vereines freundlichst eingeladen werden.

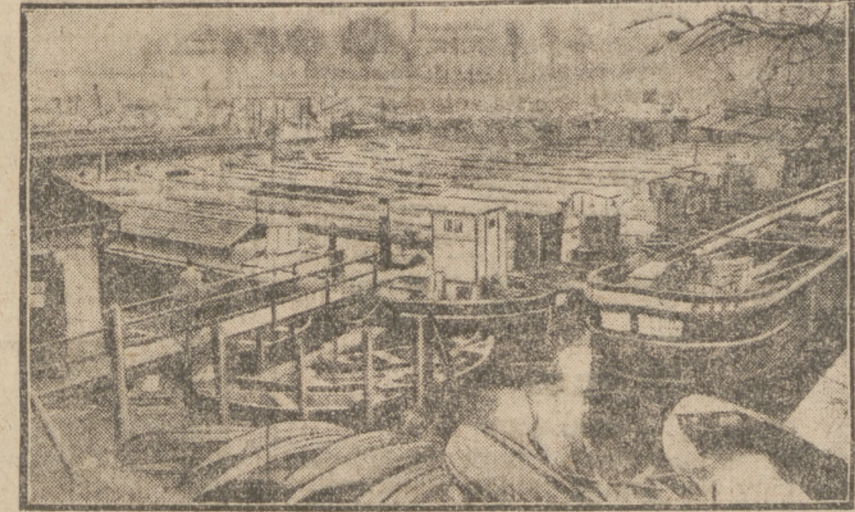
Verein jugendlicher Arbeiter Alexanderfeld. Am Sonntag, 17. Januar, findet um 2 Uhr nachmittags, im Arbeiterheim in Alexanderfeld die deisjährige Generalversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Verlesung des Protokolls der letzten Generalversammlung, 2. Berichte der Funktionäre, 3. Neuwahl des Vorstandes. 4. Vereinsangelegenheiten. 5. Allfälliges. Alle Mitglieder werden ersucht, pünktlich und bestimmt zu erscheinen. Die Vereinsleitung.

Lobnitz. Am Samstag, den 30. Januar, veranstaltet in den Gasthauslokalitäten des Herrn Gabrysz in Lobnitz der Arbeiter-Gesangverein „Widerhall" einen Maskenball, zu dem alle Freunde und Gönner des Vereins freundlichst eingeladen werden. Alles Nähere in den Einladungen. Beginn 7 Uhr abends.

A. G. V. Eintracht Nikelsdorf. Sonntag, den 17. Januar, findet um 9 Uhr vorm. in der Restauration des Herrn Genser die diesjährige Generalversammlung statt. Alle ausübenden sowie unterstützenden Mitglieder werden ersucht, zu derselben bestimmt und pünktlich zu erscheinen. Der Vorstand.

Das Gesicht der deutschen Wirtschaftsnot





Links: Tausende leerer Eisenbahnwaggons stehen seit Wochen auf den toten Gleisen im Ruhrgebiet. — Rechts: Ein Schiffsfriedhof mit Lastkähnen, die in der schweren Zeit feiern müssen und nun beschäftigungslos nebeneinander liegen.

Mahatma Gandhi

Von Sukendranath Dasgupta.

Jugendjahre.

Mahatma Gandhi, der eigentlich Mohandaz Karamcand Gandhi heißt (den Beinamen Mahatma gab ihm das Volk und bedeutet etwa so viel wie „große Seele") ist am 2. Oktober 1869 in Porbandar geboren. Sein Vater war ein reicher Kaufmann und gehörte der Jsai-Sekte, deren Hauptgrundsatz die Gewaltlosigkeit war, an.

Schon als Kind hatte sich Gandhi diese Lehre zu eigen gemacht. Im Elternhaus wurde der Knabe streng religiös erzogen. Die Schulen absolvierte er in Achmedabad, heiratete dann als Sechzehnjähriger und ging nach London, um Jura zu studieren.

1891 kehrte Gandhi nach Indien zurück und ließ sich in Bombay als Rechtsanwalt nieder. Diese Beschäftigung hielt er bald mit seiner religiösen Auffassung nicht vereinbar, und so gab er seinen Beruf nach kurzer Zeit auf.

In Südafrika.

1893 fuhr Gandhi zur Erledigung einer geschäftlichen Angelegenheit nach Pretoria in Südafrika. Er wollte dort nur ganz kurze Zeit bleiben, aber das Schicksal der etwa 200 000 Hindus, die dort lebten, hielt ihn zwanzig Jahre in Südafrika fest.

Die afrikanischen Hindus, alle unorganisiert und uneinig, wurden von den weißen Herren des Landes, von den Engländern, schlecht und recht „regiert". Gandhi versuchte ihnen zu helfen und entfachte seine erste „gewaltlose" Bewegung gegen England.

Die englischen Behörden unterdrückten diese Bewegung mit drakonischer Strenge. Der junge Gandhi wurde verhaftet, verurteilt, körperlich gezüchtigt und auf jede nur mögliche Weise an der Ausübung seiner Mission verhindert. Gandhi ließ jedoch nicht locker. Er ließ sich zu keinen Gewalttaten verleiten, predigte auch weiterhin den widerstandslosen Kampf und erreichte es tatsächlich, daß im April 1914 ein Gesetz die Lage der afrikanischen Hindus erträglich gestaltete.

Der Kampf gegen England.

Nun kehrte Gandhi nach Indien zurück, wo er sich während des Krieges ganz passiv verhielt. Schon 1919 übernahm er aber die Führung des indischen Volkes. Er wollte verhüten, daß seine sich betrogen fühlenden Landsleute gegen England mit der Waffe in der Hand vorgingen und predigte den waffenlosen Kampf. In einer Unterredung mit dem damaligen englischen Vizekönig erklärte er diesem, daß er gewillt sei, mit England zusammenzuarbeiten, aber für sein Volk Freiheit und Recht verlange.

Im April 1919 hielt er zur Einleitung des Kampfes einen „Bettag" ab. Bald brachen blutige Unruhen aus. England wußte sich nicht zu helfen und suchte zunächst die Unruhen mit militärischer Gewalt zu unterdrücken. Gandhi ließ sich jedoch nicht beirren. Er predigte weiter den „gewaltlosen Krieg" und rettete auf diese Weise England aus seiner mißlichen Lage.

Gandhi wird verhaftet.

Der gewaltlose Kampf wurde immer schärfer und schärfer. Im Jahre 1920 verkündete Gandhi dann unter dem Jubel des ganzen indischen Volkes die „Noncooperation". Kein Inder darf von den Engländern ein Amt annehmen, und der Boykott ausländischen Tuchs sowie sämtlicher Waren britischer Herkunft wurde zum obersten Gesetz gemacht. Gandhi organisierte diese unblutigen Demonstrationen und gab dabei ängstlich darauf acht, daß keine Gewalttätigkeiten geschahen. „Der Mensch hat nicht die Macht, etwas zu erschaffen, er hat also auch nicht das Recht, etwas zu Grunde zu richten. Wir haben auch nicht das Recht, das Böse mit Gewalt zu bekämpfen, wir haben nur die Pflicht, ihm Widerstand zu leisten."

Im Jahre 1921 erreichte dieser gewaltlose Kampf eine neue Etappe. Gandhi ließ in Bombay auf einem riesengroßen Scheiterhaufen alle ausländischen Tuche als das Symbol der englischen Unterdrückung verbrennen. Am 13. April desselben Jahres hielt er dann eine große Rede und versuchte dabei, für die Parias Stellung zu ergreifen; aber umsonst!

Ende 1921 wollten die Engländer der Bewegung ein Ende bereiten und verhafteten Gandhi. Am 18. März 1922 fand in Achmedabad die denkwürdige Gerichtsverhandlung statt, in der Gandhi zu sechs Jahren Kerker verurteilt wurde. Der Mahatma nahm das Urteil mit folgenden Worten an: „Ich halte es vom Standpunkt Englands aus für gerecht und nehme es daher an." Zwei Jahre später, im Februar 1924, wurde er wieder auf freien Fuß gesetzt, und der gewaltlose Kampf begann von neuem.

Das Salz.

Im März 1931 begann Mahatma Gandhis zweite große Aktion. In den frühen Morgenstunden eines kalten Tages setzte sich in Achmedabad ein Pilgerzug in Bewegung. Gandhi, begleitet von 79 freiwilligen Helfern, zog durch das Land. Damit war der Feldzug zur Verbreitung bürgerlichen Ungehorsams, wie Gandhi sein System passiver Resistenz bezeichnet, Tatsache geworden. Der Hauptzweck des bürgerlichen Ungehorsams und des damit verknüpften Bekenntnisses zur Nicht-Gewaltsamkeit bestand darin, die Gegenseite zu Gewaltsamkeiten zu zwingen und so des Mordes oder sonstiger Untaten schuldig zu machen.

Hinter der Pilgerschar trabte während dieses unblutigen Feldzuges ein kleines Pferdchen, das der Mahatma bestieg, wenn ihm die Fußwanderung zu viel wurde. Als Gepäck führten die 79 Gandhier Proben der aus indischen Baumwolle auf indischen Spinnrädern und Webstühlen hergestellten Stoffe.

Gandhi führte übrigens diesen neuesten Schlag nicht gegen die englischen Waren, sondern auch gegen das Salz, das englische Salzmonopol. Die Armen zahlen also mehr Salzsteuern als die Reichen. In dem Symbol des Salzes liegt also der Hinweis auf die innere Befreiung im Gegensatz zu der äußeren.

Zwei Monate duldete England diesen „Feldzug", dann wurde Gandhi in Bombay auf Grund eines alten Gesetzes aus dem Jahre 1827, das nur in Bombay gilt, und eine „Schutzhaft" vorsieht, verhaftet, einige Monate später aber wieder freigelassen und nach London zur Round-Table-Konferenz eingeladen. Nach dem Mißlingen dieser Konferenz erfolgte jetzt die dritte Verhaftung. Nun steht England wieder vor schicksalsschweren Stunden.

Gandhi, der Mensch.

Romain Rolland, der berühmte französische Romancier, schrieb ein Buch über Gandhi und charakterisierte ihn folgendermaßen: „Ein kleiner, zerbrechlicher Mann mit ruhigen braunen Augen, magerem Gesicht und großen abstehenden Ohren. Seinen Körper verhüllt ein großes weißes Tuch. Er geht immer barfuß, ißt nur Reis und Obst und trinkt nur Wasser. Er schläft immer auf dem Fußboden und ist gegen sich am strengsten. Er ist immer höflich, selbst seinen Feinden gegenüber und hält von sich nur sehr wenig; es scheint, als wenn er der Auffassung wäre: „Ich kann mich auch irren." Das Volk, das ihn vergöttert, bereitet ihm Sorgen und Kummer. Im Grunde genommen fürchtet er sich vor der Masse und fühlt sich nur wohl in der kleinen Schar seiner ausgewählten Jünger. So ist der Mensch Gandhi, auf dessen Wort 300 Millionen Inder hören und schwören."

Wie die Menschen heutzutage altern

In dem eben erschienenen 5. Band seines Werkes „Das Leben des Menschen" schreibt Dr. Fr. Kahn: Der moderne Mensch altert nicht normal, indem alle seine Organe gleichmäßig dem Alter entsprechend eindorren, sondern einzelne durch die Lebensführung offenbar überlastete Organe altern den anderen weit voraus und führen, wenn sie ihrerseits die Todesgrenze erreicht haben, ohne Rücksicht auf die Lebensfrische der anderen zum frühzeitigen Tod des Gesamtorganismus. Der Bauer, der den Tag bei harter Arbeit, aber sonst geregelten und mäßigen Lebensweise in der freien Natur verbringt und seinen Körper wenig pflegt, sieht früh gealtert aus. Aber seine Organe in der lederigen Hülle der Haut sind kerngesund. Er wird 70 und 80. Vom Großstädter, der sich zu kleiden und zu halten weiß, rasiert und frisiert, pomadisiert und parfümiert, manikürt und die grauen Härchen auszupfen läßt, gilt das Wort: außen von Gesundheit strotzend, aber innen reif für den Spaten. Unter einer wohlgepflegten rosigen Haut klopft ein schon dreiviertel degeneriertes Herz, zwischen den scheinbar kraftgeschwellten Muskeln laufen verkalkte Adern, in diesem vom Fett so feist umrundeten Bauch hängen zwei Nieren, deren Filtrierapparate einem fortschreitenden Verödungsprozeß anheimgefallen sind. Er gleicht dem Baum, der noch mit breitem Wipfel dasteht, grün belaubt und fruchtbehangen, aber der nächste Sturm fällt ihn, denn im Innern ist er, ohne daß jemand das geringste ahnt, morsch und faul geworden. In den allermeisten Fällen altert als erstes das Kreislaufsystem Herz—Adern—Nieren. Der Mensch gleicht dem Auto, in dem er fährt. Wie am Auto die Gummireifen, so sind in seiner Körpermaschine die Gummischläuche der Adern der schwächste Punkt der Konstruktion. Der Autofahrer führt einen Ersatzreifen mit sich, und wenn ein Reifen, worauf er vorbereitet ist, platzt, hält er den Wagen an und wechselt den Reifen aus. Der Mensch ist noch nicht so weit, einen Ersatzreifen mit sich führen zu können, auch kann die Menschenmaschine sich nicht den Luxus leisten, zum Reifenwechsel zu halten, sie muß laufen. Wenn sie nur einmal stille steht, wird sie sofort aus dem Rennen genommen und von der Landstraße des Lebens heruntergeschoben „auf den Acker". Sie muß die Panne mit dem Leben bezahlen. Die überwiegende Mehrzahl der Menschen stirbt an vorzeitiger Alterung des Herzens, der Adern oder der Nieren. Im höheren Alter bedarf es nur einer geringen Mehrbelastung durch eine kleine, an sich harmlose Erkrankung, um die Katastrophe einer tödlichen Herzschwäche oder des Bruchs einer großen Körperader, einen Herzschlag oder einen Schlaganfall herbeizuführen.

Bravo, Spanien!

Spanien, die jüngste der europäischen Republiken, ist in unserer Zeit, die so wenig Erfreuliches zu bieten hat, einer der ganz wenigen Lichtpunkte. Ein Satz in der neuen spanischen Verfassung lautet:

> Ehelichkeit oder Unehelichkeit der Geburt dürfen auf amtlichen Zeugnissen nicht erwähnt werden.

Zehntausende ledige Mütter werden aufatmen. Hierzulande ist man noch nicht so weit. Hier muß es auf jeden Wisch Papier, daß das Kind keinen Vater hat. Hier hat die Frau, die den Stolz hat, aus eigener Kraft ihr geliebtes Kind großzuziehen, einen Dornenweg zu gehen. Wieviel unnötige Demütigung, wieviel veraltete Verachtung, wieviel empörendes Mißtrauen könnte durch eine internationale Anwendung solchen menschlichen Rechtes aus der Welt geschafft werden!



Das erste Bild von den antifaschistischen Höllenmaschinen-Attentaten in Amerika

Der völlig demolierte Innenraum des Postamtes von Easton (Pennsylvanien) nach der Bombenexplosion.

Im Postamt der nordamerikanischen Stadt Easton ereignete sich eine folgenschwere Explosion, die sogar ein Menschenleben forderte. Wie sich herausstellte, war in einem Paket, das an den italienischen Generalkonsul in New York gerichtet war, eine Höllenmaschine vorzeitig zur Entzündung gekommen. Bei der polizeilichen Untersuchung fand man noch eine Anzahl weiterer Sendungen mit dem gleichen gefährlichen Inhalt, die sämtlich an bekannte faschistische Persönlichkeiten Amerikas gerichtet waren

Lange Unterredung Laval-Briand

Paris. Am Donnerstag abend hat eine 1½ stündige Besprechung zwischen Laval und dem zurückgetretenen Außenminister Briand am Quai d'Orsay stattgefunden. Als der Ministerpräsident gegen 19 Uhr das Außenministerium verließ, beschränkte er sich auf die Erklärung, daß er noch am Spätabend eine amtliche Erklärung zu veröffentlichen gedenke. Es besteht der Eindruck, daß die Begegnung ergebnislos geblieben ist.

Brasilianisches Gaswerk mit Kaffee geheizt

New York. Wie aus Santos in Brasilien gemeldet wird, hat die Stadtverwaltung beschlossen, 1 Million Sack Kaffee als Brennmaterial in den städtischen Gaswerken zu verheizen. In den letzten Wochen wurde Kaffee auch zur Heizung von Lokomotiven verwandt.

Rundfunk

Kattowitz — Welle 408,7

Sonnabend. 12,45: Mittagskonzert. 15,45: Schallplatten. 18,30: Konzert für die Jugend. 19,15: Abendkonzert. 20,15: Unterhaltungsmusik. 22,55: Leichte Musik und Tanzmusik.

Warschau — Welle 1411,8

Sonnabend. 12,10: Mittagskonzert. 15,15: Vorträge. 16,40: Schallplatten. 17,10: Vortrag. 17,35: Nachmittagskonzert. 18: Kinderstunde. 18,30: Konzert für die Jugend. 18,50: Vorträge. 20,15: Unterhaltungskonzert. 21,55: Vortrag. 22,10: Konzert. 22,50: Tanzmusik.

Gleiwitz Welle 252. Breslau Welle 325.

Gleichbleibendes Wochenprogramm.

Erster landwirtschaftlicher Preisbericht, Börse, Presse. 6,30: Funkgymnastik. 6,45—8,30: Schallplattenkonzert. 11,15: Zeit, Wetter, Wasserstand, Presse. 11,35: Erstes Schallplattenkonzert. 12,35: Wetter 12,55: Zeitzeichen. 13,10: Zweites Schallplattenkonzert. 13,35: Zeit, Wetter, Börse, Presse 13,50: Fortsetzung des zweiten Schallplattenkonzerts 14,45: Werbedienst mit Schallplatten. 15,10:

Sonnabend, 16. Januar. 15,25: Die Filme der Woche. 15,55: Das Buch des Tages. 16,10: Unterhaltungskonzert. 17,20: Andenken des jungverstorbenen Georg Heym. 17,50: Scotts Kampf mit dem Südpol. 18,15: Religiöse Strömungen im Katholizismus? 18,45: Wetter; anschl.: Abendmusik. 19,40: Das wird Sie interessieren! 20: Konzert. 22: Zeit, Wetter, Presse, Sport, Programmänderungen. 22,30: Ball der Bühnengenossenschaft. 0,30: Funkstille.

Versammlungskalender

D. S. A. P.

Knurow. Am Sonntag, den 17. Januar, nachmittags 2 Uhr, findet bei Krywald, die Generalversammlung der D. S. A. P. und der „Arbeiterwohlfahrt" statt. Pflicht eines jeden Parteigenossen ist es, zu dieser Versammlung zu erscheinen. Referent: Genosse Matzke.

Nikolai. Am Sonntag, den 17. Januar, nachmittags 3 Uhr, findet eine Parteiversammlung der D. S. A. P. und der „Arbeiterwohlfahrt" statt. (Lokal wird noch bekannt gegeben.) Referent: Genosse Raiwa.

Kostuchna. Am Sonnabend, den 16. Januar 1932, findet im Lokal des Herrn Krause, die fällige Versammlung der D. S. A. P. und des Metallarbeiterverbandes statt. Anfang 5 Uhr nachmittags. Referent: Gen. Matzke. Erscheinen Aller ist unbedingte Pflicht.

Achtung, Metallarbeiter!

Königshütte. Am Sonntag, den 17. Januar, vormittags 9,30 Uhr, findet im Volkshaus eine Mitgliederversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes statt. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. Um pünktliches und vollzähliges Erscheinen wird ersucht.

Maschinisten und Heizer.

Schwientochlowitz. (Generalversammlung.) Freitag, den 15. d. Mts., abends 5 Uhr, findet bei Neiwert am Bahnhof die Generalversammlung statt. Kollegen erscheint vollzählig.





Nach 144 Stunden geborgen

Die Geretteten der Karsten-Zentrumsgrube im Knappschaftslazarett Beuthen, wo sie nach ihrer wunderbaren Rettung die erste Aufnahme fanden.

Bergbauindustriearbeiterversammlungen

Sonntag, den 17. Januar.

Anhalt. Nachm. 3 Uhr, im bekannten Lokale. Referent zur Stelle.

Ober-Lazisk. Nachm. 3 Uhr, bei Mucha. Referent zur Stelle.

Schlesiengrube. Vorm. 9½ Uhr, bei Kaboth. Referent zur Stelle.

Zalenze-Domb. Vorm. 9½ Uhr, bei Golczyk. Referent zur Stelle.

Zawodzie. Vorm. 9½ Uhr, bei Posch. Ref. zur Stelle.

Wochenplan der D. S. J. P. Katowice.

Vom 11.—18. Januar 1932.

Freitag: Singabend.
Sonnabend: Diskussion der S. B. G.
Sonntag: Heimabend.

Arbeiter-Sängerbund.

Am Sonntag, den 17. d. Mts., findet unsere Bundes-Vorstandssitzung statt, zu welcher laut dem letzten Rundschreiben auch die Vorsitzenden der Ortsvereine oder deren Vertreter eingeladen sind. Es ist dies die letzte Zusammenkunft vor der Bundes-Generalversammlung, weshalb wir um vollzählige Beteiligung bitten. Zeit und Ort: 10 Uhr vormittags, im „Zentral-Hotel".

Freie Sänger.

Siemianowitz. (Faschingsvergnügen der Freien Sänger.) Wie alljährlich, werden auch dieses Jahr die Freien Sänger eins ihrer, so sehr beliebten, Maskenfeste veranstalten. Entsprechend der Wirtschaftslage, werden die Preise in mäßigen Grenzen gehalten sein. Trotzdem wird alles ausgeboten werden, um den Gästen durch schöne Saaldekoration und ausgezeichnete Musik den Aufenthalt so angenehm, wie nur möglich, zu machen. Am 16. d. Mts., um 7½ Uhr abends, beginnt dieses großartige Fest in den Geislerschen Räumen in Bittkow. Das Orchester stellt Kapellmeister Krajci in Originalbesetzung. Einladungskarten sind bei den Mitgliedrn anzufordern.

Myslowitz. Am Sonnabend, den 16. Januar, abends 8 Uhr, findet unsere Gesangstunde statt. Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.

Nikolai. Am Freitag, den 15. Januar, findet die Uebungsstunde des Arbeitergesangvereins „Freie Sänger", um 7½ Uhr abends in der deutschen Privatschule, statt. Um regen Zuspruch wird ersucht.

Touristenverein „Die Naturfreunde".

Kattowitz. Zu der am Sonntag, den 24. Januar 1932, nachmittags 17 Uhr, im Saale des Zentralhotels stattfindenden Generalversammlung werden die Mitglieder hierdurch eingeladen. Sollte diese Versammlung nicht beschlußfähig sein, so findet dieselbe 1 Stunde später statt, welche ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Mitglieder beschlußfähig ist. Wir bitten daher die Mitglieder, pünktlich und zahlreich zu erscheinen.

Bismarckhütte. Am Sonntag, den 17. Januar, nachmittags 3 Uhr, findet bei Brzezina die diesjährige Generalversammlung statt.

Königshütte. Am Sonntag, den 17. Januar, findet die Besichtigung des schlesischen Museums in Kattowitz durch die Mitglieder des T. V. „Die Naturfreunde" statt. Der Abmarsch von Krol.-Huta nach Katowice erfolgt um 8½ Uhr, vom Volkshaus Krol.-Huta. Allgemeiner Treffpunkt mit den auswärtigen Ortsgruppen um 10½ Uhr, Bahnhof Katowice. Gäste willkommen. Die Eintrittsgebühren betragen, je nach der Teilnehmerzahl, bis 20 Groschen.

Freie Sportvereine.

Kattowitz. (Freie Turner.) Am Sonnabend, den 16. Januar 1932, abends 8 Uhr, findet unser Mannschaftsabend statt. Im Interesse aller Handballer ist es Pflicht an diesem Abend bestimmt zu erscheinen.

Kattowitz. Der alte Wirtschaftsverband der Kriegsverletzten und -Hinterbliebenen, hält am Montag, den 18. d. Mts., abends 6 Uhr, seine Jahres-Hauptversammlung ab. Den Teilnehmern ist eine recht angenehme Ueberraschung zugedacht.

Zawodzie. Am Sonntag, den 17. Januar 1932, nachmittags um 1 Uhr, findet eine Werstätten-Versammlung der Sp. Akc. Ferrum von Mitgliedern des D. M. V. bei Posch (Schittek) in Zawodzie statt. Referent: Kollege Buchwald.

Bismarckhütte-Schwientochlowitz. (Freidenker.) Am Sonntag, den 17. Januar, vormittags 9½ Uhr, findet in unserem Vereinslokal die fällige Generalversammlung statt.

Schwientochlowitz. Vom 1. Februar beabsichtigen wir einen neuen Kursus durchzuführen. Gewerkschaftler und Parteigenossen, welche an einem solchen teilnehmen wollen, werden gebeten sich in den Unterhaltungsstunden jeden Freitag von 7—9 Uhr abends, bei H. Zymla, ulica Dluga, zu melden.

Königshütte. (Laborista Esperanto-Gruppe.) Am Sonnabend, den 16. Januar, abends 7 Uhr, findet die Generalversammlung obigen Vereins im Lesezimmer statt. Es ist Pflicht aller Mitglieder, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Gäste und Interessenten willkommen.

Königshütte. Generalversammlung der Zimmerer und Maurer findet am Sonnabend, den 23. Januar, abends 5 Uhr, im Gewerkschaftshaus, ul. 3-go Maja 6, Büfettzimmer, statt. Kameraden, erscheint vollzählig.

Mitteilungen des Bundes für Arbeiterbildung

Bismarckhütte. Am Montag, den 18. Januar, abends 7 Uhr, findet im bekannten Lokale der fällige Vortragsabend statt. Thema vorbehalten.

Königshütte. Am Freitag, den 15. d. Mts., abends 6 Uhr, Vorstandssitzung. Wegen außerordentlicher Wichtigkeit der Tagesordnung, ist das Erscheinen aller Delegierten, sowie der Vorstände aller Kulturvereine unbedingt notwendig. Desgleichen werden Partei, Ortsausschuß, sowie alle Gewerkschaften ersucht, einen Vertreter zu entsenden.

Königshütte. Am Sonntag, den 24. Januar, abends 7 Uhr, im Saale des Volkshauses Theaterabend. Zur Aufführung gelangt die Tragödie eines Abgebauten in 5 Bildern, betitelt: „Umsonst gelebt". Eintrittskarten zu 50, 75 und 100 Groschen sind im Vorverkauf, in der Bibliothek des Volkshauses erhältlich. Pro Billett kommt ein Zuschlag von 5 Groschen Arbeitslosensteuer.

Schriftleitung: Johann Kowoll; für den gesamten Inhalt und Inserate verantwortlich: Theodor Raiwa, Mała Dąbrówka. Verlag und Druck „VITA", nakład drukarski, Sp. z ogr. odp., Katowice, ul. Kościuszki 29.